

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 28/3 (2001)

DOI: 10.11588/fr.2001.3.46473

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

MICHAELA ENDERLE-RISTORI

VOLKSFRONT UND »EHEKRACH«.
ÜBER WILLI MÜNZENBERGS VERSUCH, MIT HILFE VON
GEORG BERNHARD EINE VOLKSFRONT OHNE DIE KPD
ZU ORGANISIEREN¹

*Ich halte die Linie, die Walter eingeschlagen hat und betreibt, für
sektiererisch und für unsere Partei schädlich und verhängnisvoll.*
Willi Münzenberg an das ZK der KPD, 24.10.1937²

Kommt die Rede auf den redaktionellen Wechsel vom *Pariser Tageblatt* (Erscheinungszeitraum 12.12.1933–14.6.1936) zur *Pariser Tageszeitung* (12.6.1936–18.2.1940), so mögen dem literarisch versierten Leser die abenteuerlichen Zustände an jener *Scandale Gazette* vor Augen stehen, die Lion Feuchtwanger in seinem 1939 veröffentlichten Roman *Exil* unter dem fiktiven Namen *Pariser Nachrichten* geschildert hat. Die Suggestivkraft der literarischen Fiktion, in der ein redaktioneller Kampf um die Produktionsmittel im »Husarenstreich« (so Feuchtwanger) entschieden wird, wirkte nach bis in die jüngste Forschung, wo in diesem Zusammenhang ganz ähnlich von »Coup«, »abgekartetem Spiel« und »konspirativem Komplott« gesprochen wurde. Allein der unstreitig vorsätzliche Charakter des Unternehmens besagt nur wenig über die Motive der einzelnen Akteure, und erst der Zugriff auf interne Dokumente ermöglichte es seit den achtziger Jahren, die redaktionellen Vorgänge allmählich zu rekonstruieren und in den historisch-politischen Kontext einzuordnen. Das Redaktionsarchiv der *Pariser Tageszeitung*, von der Gestapo 1940 in Paris beschlagnahmt, nach Berlin verbracht und nach 1945 von der Sowjetunion zunächst dem »Sonderarchiv« in Moskau eingegliedert, bis es 1957 der ehemaligen DDR übergeben wurde, stellte neben den Nachlässen von einzelnen Mitarbeitern hierzu die wichtigste Quelle dar³. Augenfällige Lücken in sensiblen Bereichen (Finanzverhältnisse, Prozeßakten

- 1 Der nachfolgende Artikel wurde im Frühjahr 2000 vorgelegt, konnte aber aus Platzgründen nicht mehr in *Francia* 27/3 erscheinen. Er entwickelt die frühere Darstellung zum Kampf zwischen Münzenberg und der KPD um *Pariser Tageblatt* bzw. *Tageszeitung* weiter (s. Michaela ENDERLE-RISTORI, Markt und intellektuelles Kräftefeld. Literaturkritik im Feuilleton von *Pariser Tageblatt* und *Pariser Tageszeitung* 1933–1940, Tübingen 1997, S. 25–41). Einige neue französische Quellen wurden im Juni 2001 eingearbeitet.
- 2 Münzenberg an das ZK der KPD, 24.10.1937 (Abschrift); Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO), Akten des Politbüros/Auslandsleitung der KPD (Paris), Ry1, I 2/3/287 Bl. 229f. – Das Schreiben ist bereits zitiert bei Tania SCHLIE, Der »Fall Münzenberg« in den Akten von KPD und Komintern, in: DIES., Simone ROCHE (Hg.), Willi Münzenberg (1889–1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt a. M. 1995, S. 202 (frz. EA 1993).
- 3 In erster Linie hervorzuheben sind: Walter F. PETERSON, *The Berlin Liberal Press in Exile: A History of the Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung 1933–1940*, Tübingen 1987 sowie eine frühe Studie von Ursula LANGKAU-ALEX, *Deutsche Emigrationspresse (Auch eine Geschichte des »Ausschusses zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront« in Paris)*, in: *International Review of Social History* XV (1970) S. 167–201. Zum publizistischen Konzept der Zeitung s. Hélène ROUSSEL und Lutz WINCKLER, *Pariser Tageblatt/Pariser Tageszeitung. Gescheitertes Projekt oder Experiment*

etc.) erschwerten jedoch die restlose Aufklärung der Hintergründe des Wechsels, von dem die Forschung die publizistische und politische Gesamtbewertung der Zeitung zu einem guten Teil abhängig machte. Die Akten des Politbüros der KPD sowie neue französische Quellen legen es nahe, diesen Wechsel nicht länger als isolierten, dem Geltungsdrang machiavelistischer Redakteure entsprungenen Presseskandal zu betrachten, sondern regen dazu an, diesem parteilich ungebundenen, bürgerlichen Presseorgan eine strategische Rolle im Kampf um die Besetzung publizistischer Schlüsselpositionen während der gesamten Phase der politischen Bemühungen um eine deutsche Volksfront zuzusprechen – Bemühungen, in deren historischem Verlauf verschiedene, miteinander konkurrierende Volksfront-Gruppen versuchen sollten, die damals einzige Tageszeitung des deutschen Exils mittels okkultur Finanzierung bzw. Kapitalübernahme zum eigenen Sprachrohr zu machen⁴. Dem zwischen 1936 und 1938 ausgetragenen Kampf um diese Tageszeitung kommt daher eine entscheidende Rolle für die Zuspitzung interner Konflikte innerhalb des Pariser Volksfront-Ausschusses und für das letztliche Scheitern der deutschen Volksfront-Bewegung zu.

I.

Die Analyse der Vorgänge um *Pariser Tageblatt* (in der Folge: *PTB*) und *Pariser Tageszeitung* (fortan: *PTZ*) setzt an bei der Konfrontation journalistischer und merkantiler Perspektiven, die dem Wunsch der Redakteure, sich in der politischen Öffentlichkeit des Exils zu profilieren, das Postulat ökonomischer Rentabilität gegenüberstellt. Die an Krisen reiche Redaktionsgeschichte illustriert damit hinlänglich den bei privatwirtschaftlich geführten Pressemedien grundsätzlich vorliegenden Antagonismus zwischen dem publizistischen Anspruch der Redakteure, zur politischen Meinungsbildung beizutragen, und den ökonomischen Zwängen, denen die Zeitung als Wirtschaftsunternehmen ausgesetzt war. Ein solcher strukturell begründeter Interessengegensatz, wie ihn die Redaktion unter Führung Georg Bernhards wiederholt hervorkehrte (»Auf der einen Seite ein Händler mit bedrucktem Papier, auf der anderen Seite eine Gruppe mit politischer Zielsetzung«⁵) genügt indes nicht, um die abrupte Trennung von Verleger Poliakov im Juni 1936 zu erklären, weil sie den wengleich schmalen, doch anfänglich immerhin existierenden politischen Grundkonsens hinsichtlich der antihitlerischen Grundhaltung des *PTB* ausblendet. Zu unüberbrückbaren Differenzen führte erst die Überlagerung ökonomischer *und* politischer Faktoren, als sich in der Finanzkrise vom Frühjahr 1936 Redaktion und Verleger über der politischen Hauptfrage, die damals die französische Öffentlichkeit und das deutsche Exil spalten sollte: die Frage der Volksfront (und damit auch die Frage der Haltung gegenüber der Sowjetunion) gründlich entzweiten. Die ersten, weitgehend bekannten Etappen dieses Konflikts sollen zunächst in Erinnerung gerufen werden.

publizistischer Akkulturation?, in: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch* 7 (1989) S. 119–135.

- 4 Vgl. bereits ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) sowie die Hinweise bei Ursula LANGKAU-ALEX, Willi Münzenberg im Exil und die Bedeutung der Freundschaft in der Krise der dreißiger Jahre, in: SCHLIE, ROCHE (wie Anm. 2) S. 173–194. Neuerdings dazu auch Bernhard H. BAYERLEIN u. Maria MATSCHUK, Vom Liberalismus zum Stalinismus? Georg Bernhard, Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Walter Ulbricht in der *chronique scandaleuse* des *Pariser Tageblatts* und der *Pariser Tageszeitung*, in: *Francia* Bd. 27/3 (2000) S. 89–118, deren Sensationalismus jedoch ungerechtfertigt ist.
- 5 Die Affaire Poliakov/Pariser Tageblatt, o. Verf. [Georg BERNHARD, Kurt CARO], ms. vervielfältigtes Ms., Paris o. D. [Herbst 1936], S. 10.

Mit der Gründung einer antihitlerischen deutschen Tageszeitung in Paris im November 1933 hatte der russisch-jüdische Emigrant und Inseratenverleger Wladimir Poliakov⁶ ein doppeltes Ziel erreicht: Er konnte dem um sein Annoncengeschäft Publicité Metzl gruppierten Verlag ein neues Blatt hinzufügen (u. a. hing das von dem ehemaligen russischen Außenminister Paul Milioukov redigierte Emigrantenblatt *Poslednie Novosti* finanziell von Publicité Metzl ab) und dem zunehmend pro-nazistisch orientierten Konkurrenzorgan *Neue Pariser Zeitung* (1925–1934) das Wasser abgraben. Die Chefredaktion des *PTB* übertrug er einem prominenten deutschen Emigranten, Georg Bernhard – Wirtschaftsexperte, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der DDP und Ex-Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*. Von Anfang an existierende unterschiedliche politisch-kulturelle Prägungen der Hauptakteure wurden durch die unternehmerische Trennung ökonomischer und journalistischer Kompetenzen verschärft: In Verlag und Inseratenabteilung arbeiteten überwiegend russisch-jüdische, in der von Georg Bernhard geleiteten Redaktion zumeist deutsch-jüdische Emigranten. Die ersten Spannungen zwischen Poliakov und der Redaktion entstanden zunächst im geschäftlichen Bereich, obwohl das Blatt nach einem ersten defizitären Geschäftsjahr bereits 1935 deutlichen Gewinn abwarf und seine Auflagenzahl bis 1936 hatte erhöhen können. Denn Poliakovs mangelnde Investitionskraft zwang dazu, mit minimalstem Aufwand zu wirtschaften: Das flüssige Grundkapital (100 000 Francs) des als Kommanditgesellschaft geführten Unternehmens deckte wenig mehr als die laufenden Kosten der Zeitung, die sich inklusive Druck und Vertrieb auf monatlich 70 000 (1934), später 90 000 (1935) Francs beliefen. Finanzielle Mißwirtschaft von Poliakovs Sozium Isaac Grodzenski und eine nach Redaktionsmeinung unzureichende Rückvergütung der nach Abonnement und Straßenverkauf drittgrößten Einnahmequelle des Blattes, des an Publicité Metzl verpachteten Inseratenteils (12 500 bis 15 000 Francs), taten ein übriges, um die angestrengte Grundsituation bisweilen in akute Finanzkrisen ausufern zu lassen und machten bereits in dieser ersten Phase die Existenz des Blattes von kurzfristigen Überbrückungsmaßnahmen (Zahlungsaufschübe für Druck, Vertrieb, Mitarbeitergehälter) abhängig. Auch geschäftliche Gepflogenheiten Poliakovs, so seine Gewohnheit, Arbeitsverhältnisse mit Handschlag anstatt vertraglich zu besiegeln, schürten Unzufriedenheit und Mißtrauen in der Redaktion. Als sich schließlich Verkaufserlöse mehrten – im Mai 1934 hatte Poliakov dem Chefredakteur des *Neuen Tage-Buch*, Leopold Schwarzschild, bereits den Chefessel des *PTB* angetragen –, drohte die Redaktion am 30.6.1934 mit einem Arbeitsstreik. Als Ergebnis dieses erstens Tauziehens erhielt Georg Bernhard am 12.1.1935 einen auf den 31.12.1936 befristeten, sich nach Ablauf einer 6monatigen Kündigungsfrist stillschweigend um ein Jahr verlängernden Arbeitsvertrag, der indirekt auch für die weiteren Redaktionsmitglieder eine gewisse journalistische Kontinuität garantierte.

Zu der prekären Absicherung der materiellen und personellen Grundlagen des Unternehmens kamen zunehmende Divergenzen über die redaktionelle Orientierung der Zeitung. Das *PTB* war als bürgerlich-liberale, parteilich ungebundene Tageszeitung gegründet worden, die sich potentiell an alle im Ausland lebenden Hitlergegner richtete und allen Richtungen des Exils eine publizistische Tribüne bieten wollte. Doch die entscheidenden politischen Anstöße der Folgejahre kamen – in Frankreich wie innerhalb des deutschen Exils – aus dem Feld der Linksparteien und fanden in der Redaktion zunächst verhaltenen, dann immer entschiedeneren Widerhall. Die innenpolitische Entwicklung Frankreichs führte nach dem rechtsextremistischen Putschversuch vom Januar 1934 im Juli desselben Jahres zu einem gemeinsamen Pakt zwischen Sozialisten (SFIO) und Kommunisten (PCF) und schließlich im Juni 1936 zur ersten Volksfront-Regierung Léon Blums. Auch innerhalb der politischen Emigration stellte Paris das Zentrum der Einigungsbemühungen der Arbeiterparteien dar, wie sie im Saarkampf 1934/35 auf regionaler Ebene erstmals erprobt und

6 In davon abweichender Orthographie auch: Poliakoff/Poliakow.

von der KPD nach dem VII. Weltkongreß der Komintern im Juli/August 1935 offiziell propagiert worden waren. Mit der Durchführung dieser Volksfront-Politik hatte Komintern-Generalsekretär Dimitroff Willi Münzenberg, damals Mitglied des Zentralkomitees der KPD, beauftragt. *PTB*-Chefredakteur Georg Bernhard, der im Exil Mitglied zahlreicher internationaler politischer Organisationen und Emigrantenvertretungen (*Flüchtlingshochkommissariat des Völkerbundes*, *Comité Consultatif pour les Réfugiés d'Allemagne* u. a.) war, verteidigte in gewisser Weise auch seinen publizistischen Führungsanspruch, als er sich für die Volksfront engagierte: Seit August 1935 war Bernhard Mitglied des *Vorläufigen Ausschusses zur Schaffung einer deutschen Volksfront*, ab 26.9.1935 Mitglied des sog. *Lutetia-Komitees*. Zur ersten öffentlichen Volksfront-Konferenz vom 2.2.1936, die unter dem Präsidium Heinrich Manns von Willi Münzenberg geleitet wurde, hatte er einen Verfassungsentwurf für ein Deutschland nach Hitler vorgelegt, der illegal in Deutschland verteilt wurde, und für die Einigung der sozialistischen Parteien plädiert⁷.

II.

Obwohl – oder eher: gerade weil sich die Volksfront-Bewegung Ende 1935/Anfang 1936 kaum journalistisch im *PTB* niederschlug, drohte Bernhards Engagement in Volksfront-Kreisen das anfängliche Agreement mit Verleger Poliakov zu sprengen. Finanzielle Streitigkeiten, wie sie schon früher aufgetaucht waren, wurden nun potenziert durch offen zutage tretende politische Gegensätze. Der strukturelle Interessenkonflikt zwischen einem »patriarchalischen Kapitalisten«⁸ als materiellem Eigentümer und der Redaktion, die ein »geistiges Mitbesitzrecht der Redakteure«⁹ verfocht, wurde somit zum Politikum. Wenn das Vorkaufsrecht auf den Titel, das Bernhard in der wichtigsten Klausel seines Arbeitsvertrags Poliakov 1935 abgerungen hatte, zunächst primär der Sicherung seines Arbeitsplatzes und der an seine Person geknüpften Wahrung der redaktionellen Linie diente, so wurde es nun ein potentieller Hebel, um in den materiellen Besitz der Zeitung zu gelangen. In einem Klima wachsenden gegenseitigen Mißtrauens suchten beide Seiten ab 1935 getrennt nach Finanzgebern für die Zeitung. Zur Wahrung seiner journalistischen *und* finanziellen Interessen hatte Bernhard den anfangs in die Schweiz emigrierten Freund und Bankier Bruno Buchwald mit der Verwaltung seiner Guthaben bei Poliakov betraut (Gehälter, möglicherweise auch private Kredite); später prüfte Buchwald für Bernhard auch die Geschäftsbücher des *PTB*. Zur Zerreißprobe zwischen Verlag und Redaktion kam es Anfang 1936, als Poliakov dringlich neuer Finanzeinlagen bedurfte und auf der Suche nach investitionskräftigen Teilhabern zunächst mit dem rheinischen Separatistenführer J. F. Matthes (März) und kurz

7 Vgl. Ursula LANGKAU-ALEX, *Volksfront für Deutschland?* Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« 1933–1936, Frankfurt a. M. 1977, S. 155ff. und S. 183–192.

8 So das Urteil von Berthold Jacob und Paul Dreyfus im sog. »Minderheitsbericht« der Untersuchungskommission des *Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration*, der die Existenz eines strukturellen Interessenkonfliktes »zwischen Geschäft und Überzeugung« konstatierte und die redaktionellen Versuche, »auch in den Verlag hineinzukommen«, prinzipiell als legitim anerkannte. Freilich verurteilten seine Verfasser die angewandten Mittel auf das schärfste (Bericht der Minderheit der Untersuchungskommission in der Streitsache Bernhard – Caro einerseits, Schwarzschild andererseits für die Association des Journalistes Allemands Emigrés [Verf. B. Jacob und P. Dreyfus], dat. 16.2.1937; Deutsches Exilarchiv 1933–1945 in der Deutschen Bibliothek Frankfurt a. M., Slg. Paul Dreyfus, EB autogr. 395, N° 23, S. 35). Der sog. »Mehrheitsbericht« vom 26.2.1937, verfaßt von Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Robert Breuer, bestätigte weitgehend redaktionelle Positionen in der Streitfrage.

9 Bernhard an Paul Milioukov, 18.11.1936; Bundesarchiv Berlin, Bestand *Pariser Tageszeitung* (künftig: BA/B, *PTZ*), N° 52, Bl. 2f.

darauf mit dem russischen Emigranten Konstantin Leites (April) verhandelte, wobei letzterer 175 000 Francs Beteiligung bot, dafür aber einen Wechsel in Chefredaktion, Geschäftsführung und redaktioneller Linie forderte. Zur selben Zeit hatte Poliakov die Beteiligung (200 000 Francs) eines von Fritz Wolff, dem damaligen Geschäftsführer des Emigrantenhilfskomitees *Comité Allemand* vertretenen »Konsortiums« ausgeschlagen, das im Gegenzug gleichfalls redaktionelle Mitbestimmungsrechte gefordert hatte. So fand sich im Frühjahr 1936 die fernere redaktionelle Linie des *PTB* an die Wahl eines neuen Finanzpartners geknüpft.

Zu dem Konsortium, das Fritz Wolff repräsentierte, existieren bislang keine eindeutigen Quellen, doch sollen der Zeitung über Fritz Wolff schon vor dem »*PTB*-Skandal« 1935/36 wiederholt Gelder zugeflossen sein, die sich der Kenntnis Poliakovs und seines Geschäftsführers Arthur Grave entzogen. Da Bernhard die Kapitalbeteiligung jenes Konsortiums vom April 1936 persönlich vermittelt hatte, bedeutete diese keine »feindliche« Übernahmeaktion, sondern den Versuch, das *PTB* durch befreundete Geldgeber zu sanieren und zugleich seine eigene Zukunft als Chefredakteur zu sichern. Unzweifelhaft repräsentierte das Konsortium deutsche Volksfront-Kreise in Paris; höchst wahrscheinlich gehörten ihm nicht nur Mitglieder sozialistischer Parteien an – von linken Sozialdemokraten (Max Braun, Rudolf Breitscheid) bis zur SAP (Jacob Walcher) –, sondern auch Münzenberg als damaliger KPD-Vertreter im Volksfront-Ausschuß, auf dessen Rolle noch näher einzugehen sein wird. Im Hintergrund stand die von Münzenberg bei Bernhard und Schwarzschild seit längerem angeregte Idee der Schaffung eines zentralen Presseorgans der deutschen Emigration im Dienste der Volksfront-Bewegung, wie aus redaktionellen Äußerungen zum damaligen Geldgeberkreis des *PTB* unschwer zu erkennen ist¹⁰.

Bernhard scheint im April/Mai 1936 eine entsprechend breite politische und finanzielle Absicherung des Blattes anvisiert zu haben, als er Fritz Wolff mit dem *fund raising* betraute. Kontakte zwischen Wolff und Bernhard existierten zumindest seit Herbst 1933 über das von Baron Robert de Rothschild präsierte *Comité national de secours aux réfugiés allemands victimes de l'antisémitisme*, wo Wolff bis Oktober 1935 arbeitete; zugleich war er von Oktober 1933 bis zur Auflösung am 22.5.1936 Geschäftsführer des *Comité Allemand*, einer Nebenorganisation des *Comité National*. Daraufhin stieg Wolff als Kommanditist ins Anzeigengeschäft des *PTB* ein, wo er seine vertrauliche Finanzmission unauffällig – und anfangs durchaus erfolgreich – betreiben konnte; über ihn floß namentlich das Grundkapital für die neue *PTZ* ein (darunter womöglich geheime Gelder, die vom *Comité Allemand* transferiert worden waren; Wolff soll dort mit Summen zwischen 40–50 000 Francs monatlich hantiert haben.)

Wolff war es auch, der in Bernhards Abwesenheit während dessen einmonatiger USA-Reise (vom 28.5.–27.6.1936) anlässlich des *Jüdischen Weltkongresses* in New York vor Ort die Aktionen dirigierte, die dem Erscheinen der *PTZ* vorausgingen. Diese war am 12.6.1936 unter der Losung »Einheitsfront gegen den Verrat« erstmals erschienen, nachdem die Redaktion Poliakov am Vortag im *PTB* beschuldigt hatte, er habe mit dem deutschen Botschaftsattaché Dr. Schmolz über den Verkauf des Blattes verhandelt. Die ganzen Vorgänge um die Zeitung vermochten Poliakov und seine Familie stets nur als »Expropriation«¹¹ zu

10 Die Affaire Poliakov/Pariser Tageblatt (wie Anm. 5) S. 26: »Der Gruppe der Förderer lag nicht nur die Sanierung des Pariser Tageblattes am Herzen, hier [sic] kam es auf eine grundlegende Reform der gesamten Emigrationspresse an. Deshalb legte sie entscheidenden Wert darauf, auch mit Schwarzschild (...) ständig Fühlung zu halten. Diese Fühlung beschränkte sich nicht auf das rein Publizistische, si [sic] galt (...) auch materiellen Fragen und griff auch auf die politische Zusammenarbeit über.« Vgl. auch: Bericht der Minderheit (wie Anm. 8) S. 38.

11 The Pariser Tageblatt Affair. Documentation collected by L. P. [Léon POLIAKOV], Paris o. D. [1939], S. 24. Poliakovs Sohn Léon vertrat darin die These einer rein materiell motivierten Auseinandersetzung: »an intricate struggle of private and vested interest (...) in which there was no ques-

sehen, weshalb die französische Justiz später nur das Ausmaß des erlittenen materiellen und moralischen Schadens zu ermitteln suchte: Eine von Poliakov angestregte Klage wegen Diebstahls der Abonnentenkartei endete im Juli 1938 mit der Verurteilung Wolffs und weiterer Angestellter; im Hauptprozeß wurde Georg Bernhard bereits im November 1937 wegen öffentlicher Verleumdung verurteilt¹². (Politischen Hintergründen des Falles wurde vor ordentlichen Gerichten nicht nachgegangen; lediglich berufsständische Untersuchungsausschüsse und Ehrengerichte suchten, den Fall zu entwirren – freilich ohne viel Erfolg, da sie selbst von politischen Rivalitäten belastet waren¹³.) Dabei hatte Poliakov selbst die Ereignisse beschleunigt, als er am Vortag von dessen USA-Reise (also am 27.5.1936) Bernhard über die Verhandlungen mit Konstantin Leites informierte; ein »uneigentliches« Kündigungsschreiben, das Poliakov Bernhard am 2.6.1936 hinterherschickte (es enthielt keine rechtsgültige Kündigung, sprach von weiterer Zusammenarbeit aber nurmehr im Konjunktiv) sowie die (juristisch gleichfalls ungültige) mündliche Kündigung von Geschäftsführer Grave am 3.6.1936 veranlaßten den redaktionellen Gegenschlag.

Die Kernfrage ist, wie getreu sich Fritz Wolff an die Abmachungen hielt, die er am 27.5.1936 mit Bernhard im Beisein des Chefs vom Dienst, Kurt Caro, in einer mehrstündigen Krisensitzung getroffen hatte, in deren Folge auch Bankier Buchwald vorsorglich alarmiert worden war. Fritz Wolffs Darstellung gemäß – so seine offizielle Version, die er noch 1938 vor Gericht aufrecht erhielt – erteilte ihm am 3.6.1936 ein Polizeiinspektor der Sûreté Nationale in seiner Privatwohnung (zugleich der frühere Sitz des *Comité Allemand*) vertrauliche Mitteilung über Verhandlungen Poliakovs mit der deutschen Botschaft, die dieser am 4.6. vor Caro und Schwarzschild in einem Pariser Café wiederholt haben soll. Daraufhin ließ Wolff am 5.6. in seiner Wohnung Abschriften von Geschäftsunterlagen des *PTB* deponieren; am Morgen des 11.6.1936 organisierte er den »spontanen« Protest deutscher Emigranten (de facto junger SAP-Mitglieder) in Poliakovs Verlagsbüro und am Abend des 12.6.1936 zusammen mit seinem Vertrauten Frédéric Drach den Überfall auf die Druckerei, um den Satz der nächsten Nummer des *PTB* zu vernichten. Doch wie war es zu den öffentlichen Anschuldigungen gegen Poliakov gekommen? Unzweifelhaft hatte die *PTB*-Redaktion bzw. Georg Bernhard bereits 1935 (durch Max Braun?) von Kontakten zwischen Poliakov und der deutschen Botschaft erfahren; *Publicité Metzl* schuldete nämlich der *Deutschen Freiheit* 90 000 Francs für die Pacht des Anzeigenteils, welche die Reichsbehör-

tion of political interests, since all the participants shared the same anti-Hitlerian views«. Ibid. S. 12. Seine Verurteilung der Redakteure als »expropriators appropriating to themselves this newspaper, without having to open their purse strings« (ibid. S. 24) widerspricht jedoch eigenen Angaben, wonach die Redaktion seinem Vater am 15.6.1936 100 000 Francs für den nachträglichen Kauf der Zeitung anbot (ibid. S. 62). PETERSON (wie Anm. 3, S. 164) beziffert das durch Fritz Wolff unterbreitete Kaufangebot sogar auf 300 000 Francs. Wladimir Poliakov entschied sich für den Rechtsweg. Doch auch die juristische Darstellung des Falls vor französischen Gerichten war, der vorliegenden Dokumentation nach zu schließen, in vielen Punkten beschönigend: Poliakovs Rechtsanwalt M^e Maurice Garçon verschwieg z. B. in seinem Plädoyer vom 18.7.1938 vor dem Cour d'Appel de la Chambre Criminelle, daß K. Leites grundlegende redaktionelle Veränderungen – u. a. die Kündigung Bernhards – gefordert hatte (ibid. S. 59).

12 Vor französischen Gerichten fanden zwei Strafprozesse statt: die Klage Poliakovs wegen Verleumdung (gegen Bernhard und Marcel Stora, den presserechtlich Verantwortlichen) und wegen Diebstahls der Abonnentenkartei (gegen Wolff, Caro, Grave, Kaiser und Israel). Der Prozeß vom 16.4.1937 vor der Chambre Correctionnelle, in der Revision am 16.11.1937 bestätigt, endete mit der Verurteilung von Wolff zu 100 Francs, von Caro und Grave zu jeweils 50 Francs Strafe; Kaiser und Israel wurden freigesprochen. Der Prozeß vom 22.6.1937 vor der Chambre Criminelle, in der Revision am 18.7.1938 bestätigt, endete mit der Verurteilung Storas zu 50 Francs, Bernhards zu 200 Francs Strafe und zur gemeinschaftlichen Zahlung von 10 000 Francs Entschädigung an Poliakov sowie zur Veröffentlichung des Urteils in der *PTZ* und in fünf französischen Tageszeitungen.

13 S. dazu bereits PETERSON (wie Anm. 3) S. 164–175.

den nach der Konfiskation des Verlagsvermögens (*Volksstimme*-Verlag) gerichtlich einziehen wollten¹⁴. Diese Information versuchten Bernhard, Wolff und Caro nach ihrem ursprünglichen Plan vom 27.5.1936 zunächst unter diskreter Mitwirkung französischer Polizeistellen zur Einschüchterung, wenn nicht zur Ausweisung Poliakovs zu nutzen (»Sie wissen, daß unsere ursprüngliche Absicht darin bestand, Poliakov durch unseren Freund vorladen und in gewisser Hinsicht warnen zu lassen«¹⁵). Die »uneigentliche« Kündigung Bernhards am 2.6.1936 zwang Wolff jedoch zu öffentlichem Handeln, wobei er nunmehr Poliakovs Kontakte zu Reichsbehörden nur aufs *PTB* zu beziehen brauchte, um den öffentlichen Eklat auszulösen. In die Zwickmühle gerieten jetzt freilich diejenigen französischen Persönlichkeiten, die zuvor aus politischer Sympathie für das deutsche Emigrantenblatt geneigt gewesen waren, ihm ihre Protektion zu gewähren – allen voran der mit Bernhard wie auch mit Münzenberg befreundete sozialistische Abgeordnete Salomon Grumbach sowie der Polizeiinspektor der *Sûreté Nationale*. Grumbach jedenfalls ließ sich zu keiner öffentlichen Stellungnahme mehr bewegen, und auch der französische Polizeiinspektor Henri Béranger (»unseren Freund«), um den es sich hier handelt, ließ später wissen, daß er nicht informiert habe, sondern informiert worden sei¹⁶. Oberinspektor Béranger stand seit 1920 im Polizeidienst und arbeitete bei den *Renseignements Généraux*; auch war er einer der wenigen höheren Beamten der Pariser Zentrale der *Sûreté Nationale*, die Deutsch sprachen. Ein Bericht der Direktion der *Sûreté Nationale* vom 8.6.1936 läßt erkennen, daß Bernhard und seine Helfer dem kommenden »Skandal« tatsächlich durch gezielte Informationen an die französische Polizei vorgebaut hatten¹⁷. In der deutlich von redaktionellen Auffassungen geprägten Notiz heißt es:

Bekanntlich ist Georg Bernhard, der Chefredakteur des in Paris erscheinenden antihitlerischen Pariser Tageblatts, gegenwärtig auf Vortragsreise in den USA. Der Eigentümer der Zeitung, Wladimir Poliakov, hat von seiner Abwesenheit profitiert, um ihm zu kündigen. Georg Bernhard wird deshalb mit Ablauf seines Arbeitsvertrags zum 31.12.1936 aus dem Pariser Tageblatt ausscheiden müssen. Die demokratisch gesinnten Deutschen in Paris sind in Sorge darüber, in welche Hände die Leitung der antihitlerischen Zeitung fallen wird, die nicht nur innerhalb der deutschen Emigration, sondern auch in den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas großen Einfluß genießt. Man erinnert, daß W. Poliakov sich weigerte, das Pariser Tageblatt an Georg Bernhard abzutreten, der ihm noch vor kurzem 300 000 Francs geboten hatte. Er scheint auch nicht an den ehemaligen rheinischen Separatistenführer Matthes verkaufen zu wollen, der ihm 500 000 Francs angeboten haben soll. Aber man erzählt, daß er sich auf jeden Fall vor Jahresende von dem Blatt trennen wolle und daß die Hitleragenten auf der Lauer seien. Wer sich noch daran erinnert, wie diese sich vor zwei Jahren dank eines Mittelsmannes der liberalen saarländischen Zeitung Westland bemächtigten, muß verunsichert werden. Aber sie glauben, Poliakovs ausländische Staatsangehörigkeit könnte es erlauben, auf ihn Druck auszuüben und ihn zum Nachdenken zu bringen.¹⁸

14 Vgl. PETERSON (wie Anm. 3) S. 159.

15 Vgl. den Brief Caros an Bernhard v. 5.6.1936 in: Bericht der Minderheit (wie Anm. 8) S. 19. Dort heißt es weiter: »Auch die Frage seiner sofortigen Ausweisung und eventuellen Verhaftung unterliegt an bestimmten Stellen noch der Prüfung, hieran glaube ich übrigens für den Moment nicht.«

16 Vgl. die indirekt zitierte Aussage Bérangers im Bericht der Minderheit (wie Anm. 8) S. 8.

17 Bernhard hat mehrmals nachweislich die französische Polizei über das *PTB* informiert. In seiner Akte findet sich z. B. eine Erklärung an einen Polizeiinformanten vom Februar 1934. Auch nach seinem Ausscheiden aus der *PTZ* im Januar 1938 informierte er die Polizei, um dort seine Sicht des Konflikts mit Wolff durchzusetzen (s. dazu unten.)

18 Aktennotiz der *Sûreté Nationale* vom 8.6.1936 N°C-6.665 a/s du Pariser Tageblatt – Départ de M. Georg Bernhard (Übers. d. Verf.).

Diese Darstellung des Vorgangs, in der ein Verkauf des *PTB* an Hitleragenten (noch) nicht formell behauptet wird, übermittelte die Generaldirektion der Sûreté Nationale im französischen Innenministerium am 10.6.1936 auch an den militärischen Abwehrdienst/Deuxième Bureau beim Kriegsministerium. Der zitierte Polizeibericht ist unsigniert, die Autorschaft Bérangers daher nicht gesichert. Desweiteren berichtete die Pariser Polizeipräfektur am 31.10.1936 über Gerüchte, wonach die deutsche Botschaft Poliakov bereits 1935 Geld für die Ausbootung Bernhards anbot und Baron Robert de Rothschild daraufhin beim Innenministerium habe intervenieren wollen¹⁹. Daß vermutlich auch die französischen Nachrichtendienste an eine Verbindung Poliakovs zu NS-Stellen glaubten, belegt sein Polizeidossier mit einer Information vom 19.11.1931 über eine Person seines Namens, geb. am 8.11.1880 in Charkov [sic!], die in der französischen Botschaft in London bestens bekannt und Korrespondent englischer Zeitschriften (Ps. Augur) sowie Autor mehrerer antibolschewistischer Werke gewesen sein soll. (Nota bene: Das Pariser Handelsregister verzeichnet als Geburtsdatum Poliakovs den 18.3.1864, als Geburtsort Kertsch). Variiert finden sich diese Behauptungen in einer (leider undatierten) Abschrift einer Geheimnotiz, die die Militärische Abwehr – 2^e Bureau E.M.A. an die Sûreté übermittelte und in der es heißt:

Es wird gemeldet, daß Wladimir Poliakoff, der Herausgeber des ›Pariser Tageblatts‹, um den in der Presse durch die Anschuldigung, im Dienst der Nationalsozialisten zu stehen, ein gewisser Lärm gemacht wird, einige Jahre lang der Londoner Korrespondent der rumänischen Zeitung ›Universul‹ war, an der er unter dem Pseudonym ›Augur‹ mitarbeitete. Die im Besitz von Stelian Popescu befindliche Zeitung wird in Rumänien als Anstifterin einer antikommunistischen und antisemitischen Propaganda im Auftrag der Nationalsozialisten betrachtet. Die rumänische Linkspresse hat aus diesem Grunde Poliakoff als aktiven Hitleragenten denunziert. Poliakovs Erklärung vor der französischen Presse über seine hitlerfeindliche Gesinnung könnte also eine bloße Scheinerklärung sein.²⁰

Der Formulierung nach zu schließen, wurde dieses Dokument kurz nach dem »*PTB*-Skandal« vom 11./12.6.1936 abgefaßt, als sich die französische wie auch die Exilantenpresse ausgiebig mit dem Fall befaßten. Daß damit die Anschuldigungen gegen Polikov *post festum* gerechtfertigt werden sollten, ist denkbar²¹. Im zitierten Dokument zum Ausdruck kom-

19 In dem Bericht der Polizeipräfektur/Direction des Renseignements Généraux et des Jeux vom 31.10.1936 heißt es zunächst im Hinblick auf die Situation 1935: »Es wurde damals [1935] auch behauptet, Poliakov habe Verbindungen zur Deutschen Botschaft in Paris und daß er in steter Verbindung mit Herrn Schmoltz [sic], einem Botschaftsbeamten, stehe. Dieser Beamte soll Poliakov [sic] finanzielle Beihilfe versprochen haben, falls es ihm gelänge, Georg Bernhard aus der Leitung der Zeitung zu verdrängen. Nachdem letzterer von den geheimen Verhandlungen erfahren hatte, trat er in Kontakt mit seinem Rechtsanwalt Sylvain Cahn und mit dem Comité National de Secours aux Réfugiés Israélites d'Allemagne, namentlich mit Baron Robert de Rothschild sowie mit Raoul Lambert, dem Präsidenten bzw. dem Sekretär des Komitees. Man suchte nun nach Mitteln, um Georg Bernhards Interessen als Chefredakteur der Zeitung wahren zu können. Baron de Rothschild soll sogar entschlossen gewesen sein, Schritte beim Innenministerium zu unternehmen, damit offiziell gegen die Besitzer des Pariser Tageblatts vorgegangen werde. Doch angesichts der Reaktion Georg Bernhards ließen die Verfechter dieser Idee die Sache auf sich beruhen.« 1936, so heißt er dort weiter, habe Poliakov seine Verhandlungen mit Schmoltz wieder aufgenommen und Bernhard gekündigt. »Das Unterfangen, so sagte man, sollte Poliakov eine ursprünglich auf 250 000, dann auf 300 000 Francs festgesetzte Summe einbringen« (Archives de la Sûreté Nationale, AN/CAC; Übers. d. Verf.).

20 Undatierte Notiz N°5666 2-SCR/EMA, Archives de la Sûreté Nationale.

21 Zu der Anzeige, die bei der französischen Polizei vorgelegen haben soll, vgl. Bericht der Minderheit (wie Anm. 8) S. 22 u. S. 33.

men jedenfalls die Zweifel der französischen Behörden hinsichtlich Poliakovs Person. Wo aber selbst die Nachrichtendienste keine Gewißheit hatten, wurde eine Manipulation durchaus möglich. Im Umkreis des *PTB* ermangelte es dazu nicht an Fachleuten.

III.

Erweitert man die Perspektive von den unmittelbaren redaktionsgeschichtlichen Geschehnissen auf die politische Entwicklung der deutschen Volksfront-Bewegung und auf deren Hauptakteure, so werden die Zusammenhänge deutlicher. Eine Verwicklung Willi Münzenbergs in die Vorgänge vom Juni 1936 konnte bislang trotz zahlreicher Gerüchte nie eindeutig geklärt werden; ein (noch zu diskutierendes) Schreiben vom 10.1.1938 diente der Forschung sogar verschiedentlich als Entlastungsbeweis. Das Parteiarchiv der KPD liefert indessen den Beleg für seine direkte Kenntnis der Vorgänge um das Blatt im Mai/Juni 1936 und für seine finanzielle Übernahme der Zeitung in den Folgemonaten. Aus der Perspektive Münzenbergs betrachtet, gehören seine Bemühungen um *PTB* bzw. *PTZ*, die er zunächst im Parteiauftrag, dann ohne das Wissen der KPD bzw. gegen die Partei unternahm, zu den Etappen seines politischen Trennungsprozesses vom stalinistischen Machtapparat, wie er sich in Prag/Paris im Konflikt mit dem Parteisekretariat der KPD, in Moskau durch Komintern-Kontrollverfahren wegen »mangelnder revolutionärer Wachsamkeit« anbahnte und werden mitursächlich für den von Walter Ulbricht bereits am 30.9.1937 geforderten (und am 16.2.1939 von der IKK vollzogenen) Parteiausschluß. Die Redaktionsgeschichte von *PTB/PTZ* macht deutlich, daß Münzenbergs Bemühungen um die Zeitung zunächst von Bernhard und Wolff mitgetragen wurden, bis ein Zerwürfnis zwischen letzteren im Januar 1938 zum Ausscheiden Bernhards aus der Zeitung führte und damit das definitive Scheitern des Pariser Volksfront-Ausschusses ankündigte.

Bekanntlich hatte Münzenberg seit dem Herbst 1935 im Auftrag Dimitroffs mit bürgerlichen Mitgliedern des Pariser Volksfront-Ausschusses, namentlich Bernhard und Schwarzschild, das Projekt eines zentralen Presseorgans der deutschen Volksfront-Bewegung diskutiert, das mit der Gründung des zwar im Prinzip überparteilichen, doch weitgehend von der Komintern finanzierten Nachrichtenorgans *Deutsche Informationen / Nouvelles d'Allemagne* im Februar 1936 nur teilweise eingelöst worden war. Erste Gerüchte über Kaufangebote Münzenbergs an die Zeitschrift *Europa* sowie ans *PTB* waren sogar der französischen Polizei zu Ohren gekommen, die ihm bereits im April 1936 die Intention der Gründung einer großen antihitlerischen Tageszeitung nachsagte²². Münzenbergs offenes Werben um bürgerliche Publizisten war zunächst Teil der offiziellen Parteipolitik; Brisanz erhielt es erst im Kontext der sich allmählich zuspitzenden KP-internen Auseinandersetzungen um die Volksfront-Strategie sowie der damit weitgehend verbundenen Konflikte zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Mitgliedern des Pariser Volksfront-Ausschusses. Die Pariser *Lutetia*-Tagung vom 2.2.1936, insbesondere Münzenbergs breites Bündnisangebot, das sich weit über die SOPADE hinaus an linksbürgerliche, ja sogar an christlich-konservative Kreise richtete, während sich in seiner Partei bereits eine

22 Aktennotiz N° C.-3.140 vom 4.4.1936, Archives de la Sûreté Nationale. Dort heißt es: »Es wird berichtet, daß Willy [sic] Münzenberg, der soeben aus Moskau zurückgekehrt ist, die Absicht habe, eine große antihitlerische Tageszeitung deutscher Sprache zu gründen. Da das betreffende Organ nicht offen kommunistisch sein soll, hat Münzenberg zunächst versucht, das »Pariser Tageblatt«, und darauf die Wochenschrift »Europa« in seine Hände zu bekommen in der Absicht, ihre Verbreitung zu steigern. Aber die Angebote, die er den Eigentümern dieser Presseorgane machte, hatten nicht den erhofften Erfolg. Daher trägt er sich nun mit der Idee, eine neue Zeitung zu gründen. Er soll angeblich mehrere Millionen in das Geschäft stecken können« (Übers. d. Verf.). Wurde Münzenbergs Finanzkraft auch überschätzt, so war die Information im Kern doch richtig.

Rückbesinnung auf eine proletarisch-revolutionäre Strategie abzuzeichnen begann, provozierte erste Zusammenstöße mit Parteisekretär Walter Ulbricht, die von Moskau geschlichtet wurden. Doch obwohl eine Kontrollkommission des Exekutivkomitees der Komintern Münzenbergs Kurs am 17.3.1936 offiziell billigen und die KPD auf die Durchführung der *Lutetia*-Resolutionen festlegen sollte, wuchs in Paris die parteiinterne Kritik, um sich an der von Münzenberg verantworteten Beteiligung bürgerlicher Vertreter an der Programm-Kommission des Volksfront-Ausschusses, namentlich Georg Bernhards, zu kristallisieren²³. So lieferte Münzenbergs enger Kontakt und vertraulicher politischer Meinungsaustausch mit dem Kommissionsmitglied Bernhard bereits im April 1936 den Anlaß zu einer ersten Parteirüge (jener hatte unvorsichtigerweise von Münzenberg anvertraute Parteiinterna an Heinrich Mann weitergegeben, wovon wiederum die KPD erfuhr)²⁴. Bernhard seinerseits eröffnete Münzenberg u. a. die kritische Situation des *PTB*: In den Akten des Politbüros der KPD vom Frühjahr 1936 finden sich mehrere sog. »Bernhard-Berichte« sowie Abschriften von Briefen Bernhards, die Münzenberg seiner Partei zugeleitet hatte. Sein Bericht vom 15.6.1936 beginnt mit den Worten: »Wir haben in zwei früheren Berichten (B.-Berichte letztmalig durch Fußnote am 10. Mai) auf die finanzielle Lage des Pariser Tageblattes und die Machinationen bzw. Vorhaben des Verlegers Poliakov hingewiesen«²⁵. Daß Münzenberg, wie er selbst behauptete, von der »*PTB*-Affäre« am 12.6.1936 gänzlich überrascht wurde, dürfte somit dementiert sein.

Es stellt sich anschließend die Frage nach der Rolle Wolffs²⁶, der nach dem Münzenberg-Bericht vom 15.6.1936 Bernhards »Hauptbeauftragte(r) für Finanzgeschäfte und solcher Verhandlungen«²⁷ war. Wolff hatte in den zwanziger Jahren im illegalen Apparat der KPD gearbeitet; im Exil fanden sich unter seinen engsten Vertrauten ehemalige Spartakisten, die inzwischen zur sozialistischen oder trotzkistischen Opposition der KPD zählten. Neben Jacob Walcher, mit dem er seit den 20er Jahren befreundet war und mit dem auch Bernhard im Volksfront-Ausschuß verkehrte, zählten Franz Pfemfert, der frühere Herausgeber der Berliner Wochenschrift *Die Aktion*, Frédéric (eigtl. Fritz) Drach und Karl Retzlaw (eigtl. Gröhl) zu diesem engsten Kreis. Drach gehörte, teils zur Tarnung seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit, von Juni bis Dezember 1936 der Redaktion der *PTZ* an²⁸. Retzlaw dagegen – er hatte bis 1924 den illegalen Apparat der KPD geleitet, danach in Komintern-Unternehmen (zuletzt als Geschäftsführer in Münzenbergs Neuem Verlag) gearbeitet und sich 1933

23 S. dazu LANGKAU-ALEX (wie Anm. 4) S. 176.

24 Vgl. SCHLIE (wie Anm. 2) S. 197. – S. dazu auch Herbert Wehners Bericht vor der IKK vom 16.2.1939 in: Reinhard MÜLLER, *Die Akte Wehner*. Moskau 1937 bis 1941. Berlin 1993, S. 327–330.

25 Vertraulich 2/E., Bericht in der Angelegenheit »Pariser Tageblatt« bzw. »Pariser Tageszeitung«, 15.6.1936; SAPMO, Ry1 (Schriftwechsel mit operativer Auslandsleitung Paris 1936/37), I 2/3/358, Bl. 9.

26 BAYERLEIN/MATSCHUK (wie Anm. 4) S. 99 monieren, der »nachrichtendienstlich und politisch relevante Kontext von Wolffs Biographie (sei) bisher in der Literatur kaum berücksichtigt worden«. Ich verweise auf ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) S. 23ff. Im übrigen unterläuft ihnen eine Verwechslung mit dem Graphiker des gleichen Namens.

27 Vertraulich 2/E., Bericht in der Angelegenheit »Pariser Tageblatt« (wie Anm. 25) Bl. 9.

28 Er besetzte dort die Funktion eines Schlußredakteurs. Frédéric (eigtl. Fritz) Drach, geb. am 28.10.1888 in Frankfurt a. M., Mitglied des Spartakusbundes in Berlin 1919, lebte nach eigenen Angaben seit 1928 als Journalist in Paris, wo er an den Zeitschriften *L'Intransigeant* sowie *VU* und *LU* mitarbeitete. Chefredakteur von *VU* bzw. *LU* war Lucien Vogel, dessen Tochter mit Paul Vaillant-Couturier verheiratet war und der mit Münzenberg schon seit den 20er Jahren in Kontakt stand. Ruth Fischer, die 1923–1925 mit Arkadij Maslow die KPD geleitet hatte, datiert Drachs nachrichtendienstliche Tätigkeit allerdings erst später: »Drach (...) war 1940 in Marseille Mitarbeiter des Deuxième Bureau und endete im Juli 1943 in Gestapohaft in Nîmes durch Freitod« (in: DIES./ARKADIJ MASLOW, *Abtrünnig wider Willen*. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hg. von Peter LÜBBE, München 1990, S. 16).

Léon Trotzki angeschlossen – war mit Fritz Wolff über das *Comité Allemand* zur *PTZ* gekommen, wo er seine Anstellung als Anzeigenakquisiteur für illegale Aktivitäten nutzte; Redaktionsdokumente belegen, daß Wolff und Retzlaw gemeinsame geheime Kontakte zu britischen Stellen unterhielten²⁹. Ob Bernhard über all diese politischen Verbindungen Wolffs im Bilde war, ist fraglich; Münzenberg dagegen scheint gewußt zu haben, daß Wolff illegale Aktivitäten vom *Comité Allemand* auf die *PTZ* transferierte³⁰.

War Wolff also das »trojanische Pferd«, das Münzenberg in das *PTB* eingeschleust hatte, bis dieses ihm als dem Retter in der (Finanz-)Not in die Hände fallen würde? Als naheliegendste Hypothese erscheint tatsächlich diejenige eines geheimen Einverständnisses zwischen Wolff und Münzenberg, ungeachtet der eindeutig negativen Darstellung Wolffs in den Berichten ans Politbüro, von der parteioffiziellen politischen Gegnerschaft zwischen SAP und KPD ganz zu schweigen. (Daß sich Münzenberg nötigenfalls über offizielle Feindbilder hinwegzusetzen wußte, zeigt z. B. der Umstand, daß bekannte Trotzlisten wie Arkadij Maslow oder auch SAP-Mitglieder in der späteren Münzenberg-Phase an der *PTZ* mitarbeiteten. Genauso unterhielt er Kontakte auf dem rechten Lager, so zu dem exilierten Zentrumspolitiker Carl Spiecker und zu dem konservativen Katholiken Otto Klepper. Münzenbergs organisatorische Beteiligung an der im Januar 1937 von Spiecker und Klepper gegründeten Deutschen Freiheitspartei belastete bekanntlich schwer seine Parteiakte³¹.) Das für die restlose Aufklärung der Ereignisse im Sommer 1936 bislang noch fehlende Bindeglied zwischen Wolff und Münzenberg könnte entweder Frédéric Drach gewesen sein, der als (Doppel?)Agent für die französische Abwehr/Deuxième Bureau arbeitete und m. E. auch Kontakte zum sowjetischen Nachrichtendienst unterhielt³², oder eine andere Person aus dem ehemaligen Münzenberg-Apparat in Berlin. Einer Polizeiquelle aus dem Jahre 1938 zufolge soll z. B. auch ein enger Mitarbeiter von Otto Katz – es war der Anzeigenmakler Willy Gronau – Verbindungen zu Polizeiinspektor Béranger, ja sogar zum Generaldirektor der Sûreté Nationale, Moitessier, unterhalten haben³³. Katz war bekanntlich in Berlin Geschäftsleiter mehrerer IAH-Unternehmen gewesen und blieb bis zum Oktober 1936 Münzenbergs wichtigster Vertrauensmann im Pariser Exil. Fritz Wolff wiederum, so dasselbe Dokument, soll bei Otto Katz in Berlin die Kniffe des Inseratengeschäfts erlernt

29 Vgl. ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) S. 34f. – Verbindungen Wolffs zum französischen (!) und zum englischen Nachrichtendienst behauptete bereits Ruth Fischer; sie bezeichnete Wolff als »alte(n) Fachmann für illegale Angelegenheiten« in FISCHER, MASLOW (wie Anm. 28) S. 436.

30 »Das Comité allemand ist in Liquidation, gleichzeitig damit die Stellung Fritz Wolfs [sic], der nun seinerseits die Geschäftsführung der »Pariser Tageszeitung« mit den wichtigsten Leuten, die bei ihm auch im Komitee mitgearbeitet haben, übernommen hat.« Bernhard-Bericht/Vertraulich. Betr. »Pariser Tageblatt« bzw. »Pariser Tageszeitung«, 3.7.1936; SAPMO, Ry1, I 2/3/358, Bl. 17. – Dort stellt Münzenberg auch die mit Zahlen belegte Behauptung auf, Wolff habe mit hohen Summen gearbeitet, die »alle über sein Privatkonto liefen« (ibid.). Sicherlich hat Wolff damit illegale Arbeit finanziert. Karl RETZLAW berichtet u. a., er habe für das *Comité Allemand* Pässe »in Ordnung« gebracht (Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt a. M. 1985, S. 363f.).

31 Walter Ulbricht erhielt erst im Juni 1937 Kenntnis von Münzenbergs Rolle bei der Gründung der Deutschen Freiheitspartei im Januar 1937. Münzenberg hatte jedoch schon 1936 ein Werk Spieckers in den Editions du Carrefour herausgebracht: MILES ECCLESIAE (i. e. Carl SPIECKER), Hitler gegen Christus, Paris 1936. Auch Karl RETZLAW (wie Anm. 30) S. 365f. berichtet in seinen Memoiren über Kontakte zu Spiecker und geheime Reisen, u. a. in die Schweiz.

32 Die Zeitschriften *VU* und *LU*, an denen Drach nach 1928 mitarbeitete, wurden von der französischen Polizei als Verbindungsstelle zum sowjetischen Nachrichtendienst überwacht. In seinem (abgelehnten) Antrag auf Anerkennung als Flüchtling aus Deutschland nannte Drach im Dezember 1936 u. a. den Journalisten Pierre Déhilotte als Referenz, der von der Polizei als enger Mitarbeiter von Otto Katz gehandelt wurde.

33 Unsignierte Polizeinotiz vom 12.3.1938; Archives de la Sûreté Nationale.

haben. (Über das Inseratengeschäft war Wolff, wie oben schon vermerkt, auch ins Kapital des *PTB* eingestiegen.)

Zu erbitterten Gegnern wurden Wolff und Münzenberg jedenfalls erst im Oktober 1937, als Bernhard und Münzenberg den nunmehr unliebsam gewordenen Dritten aus der *PTZ* hinausdrängen wollten und dieser daraufhin die KPD informierte. Nur in diesem historischen Zusammenhang wird ein von der Forschung immer wieder zitierter Münzenberg-Brief vom 10.1.1938³⁴ verständlich, in dem sein Verfasser den vergeblichen Versuch unternimmt, ein an Bernhard gerichtetes Schreiben Wolffs vom 7.1.1938 zu widerlegen, das letzterer der KPD zugänglich gemacht hatte. (Eine Abschrift dieses Schreibens vom 7.1.1938 sowie die Abschrift eines ausführlichen Briefentwurfs Wolffs vom 4.1.1938 befinden sich in den Akten des Politbüros³⁵.) Erst der unmittelbare politische Kontext – am 12.1.1938 wurde Bernhards Ausscheiden aus der *PTZ* publik; im März 1938 wurde Münzenberg aus dem ZK der KPD ausgeschlossen – macht deutlich, daß Münzenbergs Brief vom 10.1.1938 einer Verteidigungsstrategie entsprang, die damals an die Grenzen ihrer Glaubwürdigkeit gelangt war. Münzenberg hatte in dem Brief beteuert, er habe rein zufällig von der Gründung der *PTZ* erfahren:

Herr Wolff hat es nicht für nötig gefunden, den (...) Volksfrontausschuß (...) rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Als einziger Mann von dem damaligen Volksfrontausschuß wurde sein damaliger Vertrauensmann, Herr Schwarzschild, rein privat von ihm informiert. (...) die KPD, die ich damals im Volksfrontausschuß vertrat, erhielt nur durch den Umstand davon Kenntnis, daß Herr Wolff den Genossen Wilhelm Pieck und mich zufällig im Café Mabillon traf und zwar einige Stunden, bevor die Sache platzte. Der Volksfrontausschuß wurde offiziell erst benachrichtigt, als der Konflikt bereits offen ausgebrochen war und (...) Herr Schwarzschild nicht mehr mitmachen wollte³⁶.

Vermutlich meinte Münzenberg (»bevor die Sache platzte«) den 10.6.1936, denn am 11.6. distanzierte sich der am 4.6. von Wolff und Caro ins Vertrauen gezogene *NTB*-Chefredakteur Schwarzschild bereits von der Aktion. Tagebuchnotizen Wilhelm Piecks bestätigen für den 10.6.1936 einen »Treff Claus [Hermann Nuding], Schwarzschild, W. M.[ünzenberg] Liquid.[ierung] Pariser Tageblatt Kaffee«³⁷. Wolff ist nicht erwähnt, und der »Treff« dürfte kaum aleatorisch gewesen sein (»Liquidierung«). Überdies hatten *PTB*-Vertreter (mutmaßlich Fritz Wolff) spätestens am selben Tag ganz offiziell eine dringende Bitte um Finanzhilfe an die KPD gerichtet. ZK-Mitglied Herbert Wehner, der damals ebenfalls als Parteivertreter im Volksfront-Ausschuß saß, übermittelte Münzenberg in einem Schreiben vom 10.6.1936 eine detaillierte Anfrage:

*Die Lage im »Pariser Tageblatt« hat sich weiter verschärft. Übermorgen soll bereits das Gegenblatt der treu gebliebenen Redakteure erscheinen. Hauptredakteur ist weiter Georg Bernhard. (...) Die Leute haben an uns folgende konkreten Fragen gerichtet:
1) Würden wir bereit sein, uns mit einem Betrag, der zwischen 100 und 200 000 Frs. liegen würde, an der neugegründeten Gesellschaft zur Herausgabe des neuen Blattes zu beteiligen?*

34 Es ist BAYERLEIN/MATSCHUK (wie Anm. 4) S. 104 entgangen, daß der irrtümlich auf den 12.1.1937 datierte Brief vom sachlichen Zusammenhang her nur vom 12.1.1938 stammen kann; das Datum ist übrigens bei PETERSON (wie Anm. 3) S. 262 bereits korrigiert.

35 ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) S. 37.

36 Münzenberg an die Herren Hugo Simon, Georg Bernhard und Bernheim, 10.1.1937[!1938]; BA/B, NL Georg Bernhard, N° 50, Bl. 25–30; Teilnachdruck bei PETERSON (wie Anm. 3) S. 262–266.

37 Zit. nach Ursula LANGKAU-ALEX, Von den Moskauer Prozessen zu den Pariser »Prozessen«, in: Hélène ROUSSEL, Lutz WINCKLER (Hg.), Pariser Tageblatt/Pariser Tageszeitung. Tagung der Universität Paris 8, Bremen 1989, S. 38–51, hier S. 38.

2) Würden wir, wenn wir das ablehnen, bereit sein, mit einer Summe von 20–25 000 Frs. vorübergehend zu helfen.

3) Wenn wir auch das ablehnen, könnten wir die Erklärung abgeben, daß, wenn es notwendig ist, wenigstens auf 1–2 Tage 1–2000 Frs. zur Verfügung gestellt werden. (...)

Sollte man nicht in einem Telegramm, vielleicht gemeinsam von Dir und mir, zu Hause [bei Dimitroff] anfragen, ob sie bereit sind, eine solche Summe für diese Sache zur Verfügung zu stellen? Ich erinnere mich, daß Dim.[itroff] mir sagte, daß die Schaffung einer deutschen Tageszeitung außerordentlich wichtig wäre, besonders im Zusammenhang mit den forcierten Kriegsvorbereitungen Hitlers. Ich würde folgendes Telegramm vorschlagen: »Bisheriger Herausgeber und Verleger Pariser Tageblatt verkauft Zeitung an Hitler. Umwandlung Pariser Tageblatt in Naziblatt unmittelbar bevorstehend. Bisheriger Redakteur Georg Bernhard und seine Gruppe wendet sich an uns mit Vorschlag, sofort innerhalb 3 Tagen ein neues Blatt herauszugeben« (...)³⁸.

Wehners Schreiben bekräftigt nochmals das Interesse, das man seitens der Kommunisten – von der KPD-Führung bis in die Komintern-Spitze – an einer antifaschistischen Tageszeitung hatte und attestiert zugleich, daß die Pariser KPD-Vertreter nicht insgesamt in die Manipulation gegen Poliakov eingeweiht waren. Für den Fall einer KP-Beteiligung sollen die PTB-Repräsentanten politische Garantien geboten (»außer entscheidenden Einfluß im Wirtschaftsteil kommunistischen Redakteur«) und auf rasche Entscheidung gedrängt haben; sie erwarteten eine Antwort, so Wehner, »bis heute Nacht um 12 Uhr, spätestens morgen früh um 11 Uhr«³⁹. Am »frühen Morgen«⁴⁰ des 11.6.1936 informierte Kurt Caro bekanntlich die Emigranten-Prominenz von der Gründung der PTZ und Wolff organisierte den Überfall auf Poliakovs Büro; am Abend ging die erste Nummer der PTZ in Druck. Ob das von Münzenberg in seinem Schreiben vom 10.1.1938 nur vage datierte (»bei der Gründung des Blattes«⁴¹) Angebot einer Finanzbeteiligung an der Zeitung (300 000 Francs) mit dem Ziel ihrer Transformation in eine Aktiengesellschaft von Volksfront-Vertretern unmittelbar auf Wehners Schreiben hin erfolgte, erscheint – nicht nur angesichts der höheren Geldsumme – höchst fraglich. Denn in demselben Schreiben präzisiert Münzenberg, er habe »auf Rat und durch Vermittlung des Genossen Breitscheid« mit Breitscheid und Buchwald, »einen Tag später« auch mit Wolff verhandelt, wobei Wolff das Angebot »schroff abgelehnt« habe. Da eine solche Reaktion mit dem durch Wehners Schreiben attestierten Beteiligungsangebot bzw. dem akuten Kapitalmangel des Blattes kaum zu vereinbaren ist, muß Münzenberg sein Angebot entweder schon vor dem 10.6.1936 gemacht haben – oder es war ohne das Wissen der übrigen KPD-Führungsspitze erfolgt. (Ein Indiz hierfür ist das am 15.6.1936 von Fritz Wolff gemachte nachträgliche Kaufangebot an Poliakov über just 300 000 Francs⁴².)

38 Kurt [H. Wehner] an »Lieber Freund« [Münzenberg], 10.6.1936; SAPMO, Ry1 (Schriftwechsel Moskau und Auslandsleitung), I 2/3/286 Bl. 380f.

39 Ibid.

40 Bericht der Minderheit (wie Anm. 8) S. 31.

41 Münzenberg an die Herren Simon, Bernhard und Bernheim, 10.1.1937 [!1938] (wie Anm. 36).

42 Münzenberg fügt hinzu, Wolff habe dem in den USA weilenden Bernhard von seinem Angebot erst »nach Monaten Kenntnis gegeben« (ibid.). Aufgrund der Beteiligung von Buchwald an den Verhandlungen ist dies jedoch völlig ausgeschlossen. Zu dem nachträglichen Kaufangebot (300 000 oder 100 000 Francs?), das Wolff Poliakov am 15.6.1936 unterbreitete, vgl. nochmals Anm. 11.

IV.

Daß Münzenberg, bis dato immer noch Mandatsträger der Komintern, vermutlich bereits im Sommer 1936 ein doppeltes Spiel mit der KPD begann, um die *PTZ* in seine Hand zu bekommen, macht die weitere Entwicklung an der Zeitung deutlich. Die durch Wolff eingeflossenen Mittel erwiesen sich rasch als unzureichend, da die *PTZ* zusätzlich zu den laufenden Kosten auch 89 000 Francs Altlasten des *PTB* (Rückstände für Druck, Papier, etc.) hatte übernehmen müssen; zudem standen Prozeßkosten ins Haus. Am 15.6.1936 berichtete Münzenberg ans Politbüro: »Bis zur Nr. 5 war zunächst das Erscheinen gesichert. Für die weiteren Ausgaben war Geld für Papier und Druck noch nicht aufgebracht«⁴³. Die folgenden Nummern der *PTZ* finanzierte hauptsächlich Buchwald⁴⁴. Nachdem auch verschiedene weitere Privatpersonen Kredite gegeben hatten, schaltete sich im Juli/August 1936 offenbar Hugo Simon in die Geschäftsführung des Blattes ein⁴⁵, was retrospektiv auf die Vorbereitung der späteren Vergesellschaftung der *PTZ* durch die drei Gruppen Simon, Bernhard und Münzenberg schließen läßt. Offiziell jedoch – dies bestätigen auch Angaben Wolffs – trat Münzenberg erst im Dezember 1936 als Geldgeber auf, nachdem er am 18.12.1936 mit dem Alarmruf »Gefahr, daß Goebbels kauft, wenn nicht sofortige Hilfe«⁴⁶ in Moskau um Finanzhilfe angefragt und vom Politbüro der KPD ein Sofortdarlehen von 30 000 Francs zugesagt bekommen hatte. Am 23.12.1936 erteilte Wilhelm Pieck aus Moskau telegrafisch sogar die Genehmigung zu Verhandlungen über eine weitergehende Beteiligung in Höhe von 250 000 Francs »unter geeigneter Tarnung des Fianzmanns [sic]«⁴⁷; als Verhandlungsführer wurden Münzenberg und Albert [i.e. Albert Norden⁴⁸] designiert. Norden berichtet über einige Merkwürdigkeiten des weiteren Hergangs:

Sofort nach Eingang des Briefes versuchte A. [Norden], W. M. [W. Münzenberg] zu erreichen. (...) Trotz öfterer Versuche gelang es A. erst Anfang März, mit W. M. zusammenzukommen. (...) Am 24.1.1937 schreibt W. M. ans Sekretariat, dass die Sache nicht mehr so aktuell sei und hinausgeschoben werden müsse. W. M. will nachhause [Moskau] fahren und dort alle Einzelheiten besprechen. (...) Am 13.2. Treff A. mit Leo [Flieg?]. Leo übergab A. ein Schreiben von W. M. (...), Abschrift nachhause geschickt:

- 43 Vertraulich 2/E., Bericht in der Angelegenheit »Pariser Tageblatt« bzw. »Pariser Tageszeitung«, 15.6.1936 (wie Anm. 25).
- 44 »Die finanzielle Fortführung des Unternehmens ist bisher durch einige Spenden kleinerer jüdischer Bankleute und den Aufwand von persönlichen Mitteln Bernhards, Wolfs [sic] und anderer gesichert worden. Es ist auch möglich, daß der Hauptfinanzmann und Vertraute Bernhards, Buchwald, (...) ein Teilabkommen mit Wolf [sic] und Bernhard abgeschlossen hat. Sichere Angaben konnten darüber noch nicht ermittelt werden.« Bernhard-Bericht/Vertraulich. Betr. »Pariser Tageblatt« bzw. »Pariser Tageszeitung«, 3.7.1936 (wie Anm. 30) Bl. 16.
- 45 Vgl. das Schreiben von Dr. Ranitscher, Grasse, an H. Simon, o. D. [ca. Juli/August 1936]; BA/B, *PTZ*, N° 2, Bl. 12.
- 46 Eingegangene Telegramme von Prag und Paris, 18.12. [1936] von Herfurth [Münzenberg]; SAPMO, Ry1, I 2/3/286, Bl. 101.
- 47 Abgegangene Telegramme nach Prag und Paris (Eintragung vom 23.12.1936); SAPMO, Ry1, I 2/3/286, Bl. 109.
- 48 »Albert« ist m. E. mit dem seit Mai 1936 in Paris weilenden KPD-Mitglied Albert Norden identisch (vgl. ENDERLE-RISTORI [wie Anm. 1] S. 34ff.). Zweifelhaft erscheint die Lesart von BAYERLEIN/MATSCHUK (wie Anm. 4) S. 102 Anm. 62f., wonach Albert mit dem seit 1936 in Moskau befindlichen (und dort im Juli 1937 verhafteten) Hugo Eberlein oder mit Albert Callam identisch sei, dem nach ihren Angaben »im März 1937 die Ausreise aus der Sowjetunion gestattet wurde«. Aus dem nachfolgend zitierten Bericht Alberts geht hervor, daß dieser bereits im Januar 1937 – und von Paris aus – die Verhandlungen begonnen hatte (vgl. Anm. 47). Callam traf erst am 14.10.1937 in Paris ein.

1. Wolff trat an W. M. heran um Hilfe für P. T.
2. W. M. informierte die Partei, man beschloß zu verhandeln.
3. In einer Sitzung Mitte Dezember wurde beschlossen, die notwendigen Frs. 250 000.– aufzubringen.
4. Darlehen von Frs. 30 000.– wurde sofort gegeben.
5. Wegen höherer Summe wurde nachhause gedrahtet. Von dort wurden Unterlagen angefordert.
6. Die P. T. hat sich anderweitig Geld beschafft, W. M. ist bereit, bei den Verhandlungen zu helfen.
7. Wegen Prozessen Poliakov die Verhandlungen hinausschieben.
8. Eventuell neue Tageszeitung gründen⁴⁹.

Nordens Bericht belegt einerseits die akuten »Kontaktprobleme« zwischen der KPD und Münzenberg, der sich nach Châtenay-Malabry⁵⁰ zurückgezogen hatte, und attestiert andererseits dessen Ratschlag, die PTZ-Verhandlungen zurückzustellen oder womöglich eine eigene Zeitung zu gründen. Dagegen hatte das Politbüro in Moskau inzwischen⁵¹ sogar den Kauf der Zeitung beschlossen zwecks ihrer Transformierung in ein Tarnorgan. An Norden erteilte es präzise Instruktionen: »Neue Gesellschaft gründen und nur den Kopf kaufen. Mit Gruppe S. [Simon] zusammenarbeiten. Von Gruppe B. [Bernhard] nur B. erwünscht«⁵². Als Mittelsmänner stellte die französische Schwesterpartei KPF den Bankier Raymond Bernheim und Ernest Jouhant, einen Immobilienmakler aus Metz, zur Verfügung. Doch während Norden sichtlich zur Eile drängte (»Wolff sucht neue Mittel in London«⁵³), gerieten die Verhandlungen ins Stocken: Der Bankier Hugo Simon, der ihm als Hauptgläubiger und damit als wichtigster Verhandlungspartner designiert worden war, erhöhte plötzlich den Kaufpreis auf 500 000 Francs und auch Bernhard verlangte zusätzliche politische Garantien für die Fortsetzung der PTZ im Sinne eines Gesamtorgans der Volksfront, worauf ihm Walter Ulbricht den Abschluß eines Privatvertrags zusicherte. Am 15.5.1937 platzten erneut abschlußreife Verhandlungen zur geplanten Übernahme durch die KPD⁵⁴, da Bernhard der Partei plötzlich nur noch eine 50-Prozent-Beteiligung anbot, dabei aber die Übernahme aller Passiva, »auch die Folgen der [von Poliakov angestregten; d. Vf.] Prozesse sowie Gerichtskosten und Strafen«⁵⁵ forderte. In Moskau glaubte Wilhelm Pieck aufgrund eines Telegrammes schließlich an den Abbruch der Pariser Verhandlungen, bis Norden klarstellte: »Telegramm nicht von uns«⁵⁶. Die zahlreichen Zwischenfälle und die

- 49 [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung«, o. D. [Mitte Januar 1938]; SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 203.
- 50 Der von Norden erwähnte Brief vom 24.1.1937 fällt in die Zeit von Münzenbergs Sanatorium-Aufenthalt in Châtenay-Malabry; dieser diente u. a. auch dazu, in der PTZ-Angelegenheit Zeit zu gewinnen. An eine Moskau-Reise dachte Münzenberg nach den Erfahrungen seines letzten Aufenthalts vom Oktober 1936 nicht mehr ernstlich.
- 51 BAYERLEIN/MATSCHUK (wie Anm. 4), S. 102 zitieren aufgrund Moskauer Quellen einen Beschluß des EKKI vom 13.3.1937 zum Aufkauf der Zeitung. Die hier zitierten Quellen aus dem Parteiarchiv der KPD belegen jedoch Kaufverhandlungen bereits ab Januar 1937.
- 52 [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49).
- 53 Albert [Norden], Mitteilungen über die weiteren Verhandlungen zum Kauf der PTZ [dat. 27.11.1937]; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 264.
- 54 E. Jouhant an »Sehr geehrter Herr Professor« [Bernhard], 28.5.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 77f. – Die KPD wollte das Blatt auf den 1.7.1937 übernehmen.
- 55 [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49) Bl. 204.
- 56 »Unser [sic] Meinung nach steht hinter Bernhard und S. [Simon] eine dritte Person, die alles unternimmt, daß es nicht zum Abschluß kommt. Unsere Auffassung wird bestätigt durch eine Mitteilung vom 25.5., wonach drüben [Politbüro] ein Telegramm eingegangen ist, daß die Verhandlungen mit dem Professor gescheitert. Unsere Antwort nachhause: Telegramm nicht von uns.« Ibid.

beständig steigenden Forderungen der *PTZ*-Vertreter weckten endlich auch Franz Dahlems Argwohn, der Wilhelm Pieck gegenüber äußerte: »Meiner Meinung nach erschwerend ist die Tatsache, daß außer uns noch irgend jemand mit diesen Leuten verhandelt und ihnen wahrscheinlich Versprechungen gemacht hat, die wir ablehnen müssen«⁵⁷. Am 21.6.1937 erhielt Norden erstmals Einsicht in die Geschäftsbücher der *PTZ*; konsterniert konstatierte er einen Schuldenberg von 795.958 Francs⁵⁸. Norden und Ulbricht mußten sich eingestehen, daß Bernhard und Simon Scheinverhandlungen geführt hatten; ihr Verdacht, die zahlreichen Rückschläge könnten mit der vorläufigen Absetzung (»Abreise«) Münzenbergs als KPD-Vertreter im Volksfront-Ausschuß zusammenhängen, erhärtete sich. Das Pariser Sekretariat war allerdings erst am 12.9.1937 in der Lage, dem Politbüro konkrete Hinweise zu liefern über »Versuche, hinter unserem Rücken die Pariser Tageszeitung zu kaufen, die offenbar von Münzenberg ausgehen«⁵⁹. Doch die Pointe folgte erst: Mitte Oktober mußten Ulbricht und seine Parteigenossen durch Fritz Wolff persönlich vernehmen, daß sich die *PTZ* zwischen Januar und Juni 1937 faktisch bereits in den Händen Münzenbergs befunden hatte⁶⁰.

Denn zum 1.1.1937 hatte Wolff die Zeitung an einen Schweizer Rechtsanwalt verkauft, der als Mittelsmann Münzenbergs und seiner Verbündeten, Bernhard und Simon, fungierte; von ihm wollten sie die Zeitung in einer Aktiengesellschaft übernehmen. Details der Finanzstruktur sind derzeit noch nicht bekannt, doch Münzenberg wiederholte sichtlich ein Rezept, das er schon im Falle der Editions du Carrefour erfolgreich angewandt hatte (Mehrheitsaktionärin der mit 500 000 Francs dotierten Aktiengesellschaft war damals Babette Gross gewesen, während Münzenbergs eigener Name offiziell nicht auftauchte⁶¹.) Hugo Simon überwachte die Transaktion in der Schweiz. Ein Neffe Simons, Alexander Bloch, wurde als neuer Geschäftsführer eingesetzt; Simon und Babette Gross kontrollierten die Finanzen der *PTZ*. Doch »juristische Schwierigkeiten, die sich der rechtmäßigen Gültigkeit des Verkaufs entgegenstellten«⁶², zwangen den Anwalt zwei Monate später, das Geschäft rückgängig zu machen. Wolff wurde erneut juristischer Eigentümer der *PTZ*, ohne das Geschäft zu leiten: Hugo Simon hatte ihm Ende Januar Hausverbot erteilt. Münzenbergs Konsortium war allerdings nicht von Dauer: Mit der seit November 1936 eingeleiteten Übergabe seiner Komintern-Unternehmen an Bohumil Smeral und seiner nach der Volksfront-Konferenz vom 10.4.1937⁶³ erfolgten Suspendierung als KPD-Vertreter kam er

57 Jean [Dahlem] an »Lieber Freund« [Pieck], 8.6.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 81.

58 Das vollständige Ergebnis der Unternehmensprüfung durch die KPD ist veröff. in: ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) S. 387–401.

59 Übersicht über die vom Sekretariat erhaltene Post seit der Februar–März Besprechung 1937 in Moskau; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 116.

60 Bloße Spekulation darüber bieten BAYERLEIN/MATSCHUK (wie Anm. 4) S. 105f. Auch ihre Aussage, es bestehe mangels Dokumenten »keine letzte Gewißheit, daß der Aufkauf [durch die KPD] tatsächlich getätigt wurde« (ibid. S. 103), bedarf der Korrektur.

61 Notiz der Pariser Polizeipräfektur/Direction des Renseignements Généraux et des Jeux vom 20.3.1936; Archives de la Sûreté Nationale. Darin sind die Teilhaber der am 1.12.1933 gegründeten und am 28.2.1934 vor dem Pariser Handelsgericht deklarierten Aktiengesellschaft wie folgt präzisiert: B. Gross hatte 758 Anteile zu einem Nominalwert von je 500 Francs, Pierre Lévy behielt noch 118 Anteile, der ungarische Graf Michel Karoly 100, Francis Jourdain 10, Georges Simon 2, Raymond Bernheim 2 und Theodor Baensch 10 Anteile.

62 Abschrift eines Briefentwurfs von Wolff an Bernhard, 4.1.1938; SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 192–197, hier Bl. 194.

63 W. [Ulbricht] an »Lieber Wilhelm« [Pieck], 8.6.1937; SAPMO, Ry1, ZPA I 2/3/287 Bl. 144f.: »Alle Maßnahmen von Willi, Breitscheid und Georg Bernhard laufen darauf hinaus, möglichst bald eine Volksfrontsitzung herbeizuführen, in der sie eine Abstimmung herbeiführen wollen über Willis Verbleiben in seiner bisherigen Funktion. Da wir bis jetzt Willi nicht aus dem Volksfrontausschuß zurückgezogen haben, liegt formell kein Anlaß vor zu einem solchen Vorgehen. Wir werden alles

in zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten. Am 24.6.1937 – also drei Tage, nachdem die KPD erstmals Einblick in die Kassenbücher erhalten hatte – ging seine Aktiengesellschaft in Konkurs.

V.

In der Münzenberg-Phase von Januar bis Juni 1937 waren der Zeitung rund 600 000 Francs Finanzhilfe zugeflossen (u. a. 250 000 Francs durch den schwedischen Bankier Olof Aschberg, 100 000 Francs spanische und ca. 165 000 Francs französische Regierungsgelder)⁶⁴; trotzdem lag das von Norden konstatierte Defizit im Juni bei nahezu 800 000 Francs, einer Summe, die weit über den zeitungsgebundenen Ausgaben lag. Vermutlich war über die *PTZ* ein Teil jener Waffenlieferungen an das republikanische Spanien finanziert worden, die der Sozialdemokrat Albert Grzesinski mit Münzenbergs Hilfe organisiert hatte (und die Fritz Wolff im Oktober 1937, nach dem Streit mit Münzenberg, nebst der Verbindung zu Aschberg der KPD hinterbrachte). Denn die *PTZ* war nicht nur die publizistische, sondern zunehmend auch die logistische Basis der immer offener um Münzenberg versammelten nicht-kommunistischen Volksfront-Gruppe von Georg Bernhard, Rudolf Breitscheid, Max Braun und Jacob Walcher geworden und sollte möglicherweise als Sprungbrett für ein weiteres Münzenberg-Projekt, die »Schaffung einer politischen Zentrale für kulturelle, wirtschaftliche und politische Bekämpfung des Faschismus«⁶⁵ dienen, von dem die KPD gleichfalls am 12.9.1937 erfahren hatte. Die *PTZ* wurde so zum politischen Instrument, das Münzenberg in dem mit Ulbricht ausgetragenen Führungskampf gegen die KPD einsetzte, und dessen Besitz den Konflikt, der seit seiner Suspendierung als KPD-Vertreter zwischen kommunistischen und linksbürgerlich-sozialistischen Vertretern des Pariser Volksfront-Ausschusses herrschte, eskalieren ließ. Am 28.9.1938 kam es im Pariser Volksfront-Ausschuß wegen der Funktionsenthebung Münzenbergs zum offenen Streit zwischen der KPD und den nicht-kommunistischen Vertretern, worauf Parteisekretär Walter Ulbricht am 30.9.1939 zwei Telegramme ans Politbüro sandte, die erstmals einen Zusammenhang zwischen den *PTZ*-Verhandlungen und dem »Fall Münzenberg« etablierten:

Im Volksfrontausschuß haben auf Veranlassung Münzenbergs die Sozialdemokraten weitere Zusammenarbeit abgelehnt bis zur Stellungnahme des ZK der Partei. (...) Sozialdemokratische Kampagne gegen KPD zwingt uns, die Parteifunktionäre über Fall Münzenberg zu informieren. (...) Schlagen Dir vor, das EKKI um Zustimmung zum Ausschluß Münzenberg zu ersuchen.

Das zweite Telegramm lautete:

Verhandlungen Pariser Tageszeitung bis auf weiteres aussichtslos. Halten politisch notwendig, Deutsche Volkszeitung ab 1. November zweimal wöchentlich herauszugeben. Monatliches Defizit anfangs mindestens 60 000 Frs.⁶⁶

Der bislang heimlich zwischen den Rivalen Ulbricht und Münzenberg ausgetragene Kampf um die *PTZ* war damit offenkundig geworden. Doch Münzenbergs Einfluß auf die *PTZ* war seit seinem Konkurs im Juni 1937 merklich geschwächt, da er den plötzlich in seinen

tun um Zeit zu gewinnen, um dadurch Willi unmöglich zu machen, vom Volksfrontausschuß einen Absprung für seine weiteren Maßnahmen zu bekommen.«

64 [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49) Bl. 206.

65 W. [Ulbricht] an »Lieber Freund« [Pieck], 12.9.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 214. – Die Pläne sind dort nicht weiter belegt; wahrscheinlich handelte es sich um die konzeptionelle Fortsetzung des Institut pour l'Etude du Fascisme (INFA), diesmal aber ohne kommunistische Beteiligung.

66 Eiche [i. e. W. Ulbricht], Telegramme vom 30.9.1937, SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 218.

Eigentümer-Rechten retablierten Fritz Wolff in einer desolaten Lage gelassen hatte. Wolff hatte die Zeitung damals nur aufgrund der Verpfändung des Titels an den Drucker, den Schweizer Marcel Schwitzguebel⁶⁷, fortführen können. Bernhard und Münzenberg mochten indessen ihre Ansprüche auf das Blatt nicht aufgeben und forderten die Rückzahlung von Münzenbergs Geldeinlagen bzw. die Anerkennung von Gläubigerrechten, die Wolff zufolge »praktisch darauf hinauslaufen sollten, daß die Gruppe Münzenberg-Bernhard-Simon, die vorher den Betrieb in Konkurs gehen lassen mußten, mich [Wolff; d. Verf.] wieder als juristisch Verantwortlichen den Betrieb leiten lassen, aber in Wirklichkeit infolge ihrer verlangten Machtposition das Blatt in der Hand behalten wollten«⁶⁸. Weitere Quereilen entstanden um die während der Scheinverhandlungen mit der KPD (»Gruppe Bernheim«) erhaltenen Subventionen sowie um die geheimen Regierungsgelder (15 000 Francs monatlich), welche die Zeitung über Pierre Comert aus dem Pressefonds des Quai d'Orsay erhalten hatte. Doch erst der von Bernhard und Münzenberg am 18.10.1937 hinter Wolffs Rücken unternommene Versuch, dem Drucker Schwitzguebel die Rechte an der Zeitung abzukaufen, veranlaßte diesen, Bernhard am 26.10.1937 fristlos zu kündigen und nun auf eigene Faust mit der KPD zu verhandeln (erstmalig am 28.10.1937)⁶⁹. Das Datum dieses wohl letzten Versuchs Münzenbergs, die *PTZ* in seine Hand zu bekommen, steht erneut in engstem Zusammenhang mit dem Führungskampf im Pariser Volksfront-Ausschuß und der nach Heinrich Manns Protest gegen die Ulbrichtsche Politik von letzterem geforderten Offizialisierung der Absetzung Münzenbergs⁷⁰.

VI.

Die zweite Verhandlungsphase mit der KPD, welche Wolff nun unter veränderten politischen Vorzeichen gegen Münzenberg führte, zeitigte in den Folgemonaten scharfe Auseinandersetzungen mit Chefredakteur Georg Bernhard. Dabei hatte die KPD Bernhard anfänglich aus taktischen Gründen in der Redaktion zu halten versucht, um auf diesem

67 Schwitzguebel, geb. am 27.2.1888 in Bienne, war Schweizer Staatsbürger. Hiermit korrigiere ich irrtümliche frühere Angaben in ENDERLE-RISTORI (wie Anm. 1) S. 20. – Das Handelsregister verzeichnet die Verpfändung (*nantissement*) der *PTZ* am 19.7.1937.

68 Abschrift eines Briefentwurfs von Wolff an Bernhard, 4.1.1938 (wie Anm. 62) Bl. 195f.

69 Im Kündigungsschreiben vom 26.10.1937 (BA/B, *PTZ*, N° 58, Bl. 19) gibt Wolff an, der Drucker Marcel Schwitzguebel habe ihn von der Intrige informiert. Tatsächlich war es Jacob Walcher, welcher der Unterredung bei Bernhard am 18.10.1937 beigewohnt hatte, vgl. Friedrich [i. e. ?], Niederschrift aus dem Gedächtnis über eine Unterredung mit A. [Wolff], dem J. [Verleger], im Beisein von M. [Breuer], dat. 28.10.1937, SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 117f.

70 Am 1.10.1937 sandte Heinrich Mann an Wilhelm Pieck ein von Max Braun, Georg Bernhard, Georg J. Denicke und Jacob Walcher mitunterzeichnetes Protestschreiben gegen den politischen Kurs Ulbrichts und Paul Merkers im Volksfront-Ausschuß. Am 18.10.1937 fand eine Besprechung bei Bernhard statt, an der sein Schwiegersohn Landsberger, Münzenberg, Braun, ein »Prof. X« [Denicke?] und Walcher teilnahmen und deren Ziel es war, die *PTZ* erneut in ihre Hand zu bekommen; anderntags sprach Landsberger im Auftrag Bernhards mit dem Drucker. Gleichfalls am 19.10.1937 forderte Ulbricht in einem Schreiben an Pieck die Absetzung Münzenbergs als Volksfront-Vertreter der KPD: »Nachdem M.[ünzenberg] ablehnte, zu Euch [nach Moskau] zu fahren und verlangte, daß die Differenzen mit ihm in Paris besprochen würden, veranlaßte er die Provokation im Volksfrontausschuß, um dadurch die Stellungnahme des ZK der Partei zu erzwingen. In einem vorläufigen Brief [hs. hinzugefügt: vom 19. Okt.] an Heinrich Mann sind wir auf einige Fragen eingegangen. Irgendwelche weiteren Besprechungen setzen jedoch eine offizielle Stellungnahme von Dir voraus. Solange diese nicht erfolgt ist, werden Braun, Walcher und Bernhard immer darauf hinweisen, daß der Ausschuß deshalb nicht weiter arbeiten kann, weil das ZK der KPD noch nicht geantwortet hat.« W. [Ulbricht] an »Lieber Freund« [Pieck], 19.10.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 222.

Wege dessen Allianz mit Münzenberg zu hintertreiben. Doch auf die erste (und sofort annullierte) Kündigung Bernhards folgte am 8.11.1937 eine zweite, rechtsgültige, auf den Stichtag des 30.6.1938⁷¹. In der Folge wiederholte sich, was zwei Jahre früher zum »PTB-Skandal« geführt hatte, doch diesmal war es kein Planspiel: Die im nachfolgenden Rechtsstreit um Bernhards Kündigung von beiden Parteien vorgebrachten Argumente vermengten, wie schon 1936 im Falle Poliakovs, ökonomisch bedingte Interessengegensätze zwischen Verleger und Chefredakteur mit profunden politischen Differenzen. Bernhard erinnerte Wolff an stillschweigende Absprachen bei Gründung der PTZ (»Redaktion und Verlag sind in Fragen der politischen Verantwortung nicht voneinander zu trennen«⁷²) und bezichtigte Wolff, sich die Zeitung »angeeignet«⁷³ zu haben; Wolff denunzierte Bernhards nachlässigen Arbeitsstil und seine Strategie, »das bedeutende Schwergewicht des großen, politischen und moralischen Bernhard gegenüber dem reinen Geschäftemacher Wolff für die Öffentlichkeit in die Wagschale [sic] (zu) werfen«⁷⁴. Das alte Konfliktschema wurde reproduziert; einzig verändert hatten sich die politischen Fronten: Jetzt schieden sich an Münzenberg die Geister. Während Bernhard die sozialistische Fraktion der Volksfront-Vertreter auf den Plan rief, verwahrte Wolff sich dagegen, daß »die J. [PTZ] ein Kampfblatt von P. [Münzenberg] gegen seine Partei werde«⁷⁵.

In diesem Klima politischer Gegnerschaft zu dem innerhalb seiner Partei immer mehr isolierten Münzenberg trieb Wolff im November 1937 die Verhandlungen mit der KPD voran und konzedierte ihr Veränderungen im Mitarbeiterstab der PTZ (so mußte z. B. Arkadij Maslow die Mitarbeit einstellen)⁷⁶. Die KPD gab finanzielle Soforthilfe, am 15.11.1937 wurde bereits der Kaufvertrag aufgesetzt. Doch das Pariser Parteisekretariat hatte die Kaufsumme nicht sofort parat und erwarb stattdessen eine (auf Ernest Jouhant laufende) Kaufoption bis zum 1. bzw. 15.1.1938, die einstweilen jeden Verkauf der Zeitung an Dritte verhinderte⁷⁷. »Wir müssen schnell handeln, da selbstverständlich bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen von entscheidender Bedeutung ist, ob Münzenberg die

71 Wolff hatte die fristlose Kündigung Bernhards am 28.10., dem Tag seiner ersten Unterredung mit der KPD, zurückgenommen und am 8.11.1937 eine Kündigung mit 6monatiger Frist (faktisch zum 30.6.1938) ausgesprochen.

72 Bernhard an Wolff, 29.10.1937; BA/B, PTZ, N° 58, Bl. 20.

73 Vgl. das Schreiben Bernhards an Wolff, 21.1.1938 (Abschrift); BA/B, NL Bernhard, N° 50, Bl. 41.

74 Abschrift eines Briefentwurfs von Wolff an Bernhard, 4.1.1938 (wie Anm. 62) Bl. 196. – Daneben kritisierte Wolff Bernhards Tätigkeit: »Darf ich Sie fragen, Herr Bernhard, in welcher Weise Sie die Pflichten des verantwortlichen Chefredakteurs erfüllt und ausgeübt haben? Wann und wie oft waren Sie in der Zeitung und in der Redaktion? (...) Meine immer wieder Ihnen vorgetragene Bitte, doch statt der täglich hingehauenen 80 Zeilen, zu denen Sie sich noch häufig in letzter Minute einen Tip erbat, wirklich durchdachte und fundierte Artikel zu schreiben, die das Ansehen des Blattes und ihr eigenes steigern würden, hatten Sie nur entgegenzuhalten, daß Sie als alter Routinier es besser verstünden, zu beurteilen, was die Leser vorgesetzt bekommen müßten.« Ibid.

75 Friedrich [i. e.?), Niederschrift aus dem Gedächtnis über eine Unterredung mit A. [Wolff], dem J. [Verleger], im Beisein von M. [Robert Breuer], dat. 28.10.1937 (wie Anm. 69). – Dort berichtete Wolff auch über Schlichtungsvorschläge der Gegenpartei, so wurde »besonders von C. [Heinrich Mann] der Versuch gemacht, A. [Wolff] zu bewegen, die von ihm betonte Unabhängigkeit der J. [PTZ] aufzugeben bzw. die Zeitung in den Dienst der B., E., C., P. [Volksfrontgruppen Bernhard, Braun, Münzenberg] zu stellen«. Ibid.

76 Die KPD hatte sich wiederholt über die Mitwirkung Maslows an der Zeitung beschwert; vgl. Jean [Dahlem] an »Lieber Freund« [Pieck], 8.6.1937 (wie Anm. 57). Nach Abschluß der Kaufoption durch die KPD schied Maslow aus.

77 Jouhant erwarb ein Vorkaufsrecht bis zum 1.1.1938, s. die Abschrift eines Schreibens von Wolff v. 15.11.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 268. Die Frist wurde auf den 15.1.1938 verlängert, s. [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49) Bl. 206.

Zeitung hat oder wir«⁷⁸, drängte Walter Ulbricht, Münzenbergs schärfster Gegner. In der PTZ-Angelegenheit hatte Ulbricht bereits am 29.10.1937 eine Untersuchungskommission gegen Münzenberg eingeleitet⁷⁹ und ihn zum 2.11.1937 ins Pariser Parteisekretariat vorgelesen. Nachdem Münzenberg zur »Aussprache (...) über seine Maßnahmen in der Frage A. [PTZ]«⁸⁰ nicht erschienen war und im übrigen in einem Schreiben an das ZK der KPD Ulbrichts Zuständigkeit bestritten hatte⁸¹, sah sich die Komintern veranlaßt, beide Parteien zur Aussprache nach Moskau zu zitieren⁸². Doch in Paris gestaltete sich die Situation immer explosiver: Münzenberg hatte auf das gegen ihn angestrengte ZK-Ausschlußverfahren mit einem Parteiverfahren gegen Ulbricht wegen Verleumdung reagiert⁸³, und im Volksfront-Ausschuß lagen die Dinge so kritisch, daß Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger dringlich Moskau um Stellungnahme zum »Fall Münzenberg« baten. Das EKKI der Komintern schritt nun ein und wies am 7.12.1937 KPF und KPD telegrafisch an, den Kauf der PTZ bis zu einer erneut angeordneten Aussprache mit Münzenberg und Ulbricht in Moskau zu stoppen: »Wegen des Ankaufs des ›Pariser Tageblattes‹ [hs. korr.: zeitung] dürfen keinerlei Verpflichtungen eingegangen werden, bis hier Aussprache erfolgt. Auch wenn dadurch der Kauf nicht zustande kommt«⁸⁴. In einem weiteren Telegramm wurde dem KPF-Vorsitzenden Maurice Thorez aufgetragen, auf Mann und Feuchtwanger dahingehend einzuwirken, »daß sie im Volksfrontausschuß den gemeinsamen Kampf abbremsen und beitragen, daß die gemeinsame Arbeit wieder aufgenommen wird«⁸⁵. Dasselbe Versöhnungs(an)gebot Dimitroffs setzte Pieck Ulbricht am 9.12.1937 nochmals brieflich auseinander, aus konspirativen Gründen diesmal als Ehedrama getarnt:

Dann schrieb mir W. noch von einer sonderbaren Geschichte über Deinen Freund Mün-ter [Münzenberg], der sich wegen der Ehescheidung [ZK-Ausschluß] sogar an das Gericht [Komintern] wenden will. (...) Vielleicht ist es doch möglich, den Ehekrach zu vermeiden, oder die beiden so auseinanderzubringen, daß der öffentliche Skandal vermieden wird. W. teilt mir auch mit, daß er Moritz [Hubert von Ranke⁸⁶] ersucht hat, den feuchten Mann [Feuchtwanger] zu sprechen, um beide zu veranlassen, daß sie sich beruhigen und mithelfen in der Familie [Volksfront-Ausschuß] wieder Frieden zu stiften⁸⁷.

78 W.[Ulbricht] an »Lieber Freund« [Pieck], 27.11.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 255.

79 W. [Ulbricht] an »Lieber Freund« [Pieck], 19.10.1937 (wie Anm. 70).

80 [Ulbricht] an »Lieber Freund« [Pieck], 3.11.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 235.

81 Münzenberg an das ZK der KPD, 24.10.1937 (wie Anm. 2).

82 In diesem Sinne ergingen am 4.11.1937 Anweisungen Dimitroffs ans Sekretariat nach Paris; die schriftlichen Einladungen an Ulbricht, Dahlem und Münzenberg übermittelte Grete Wilde. Vgl. zu dieser Phase des Konflikts Münzenbergs mit seiner Partei auch Stéphane COURTOIS, La seconde mort de Willi Münzenberg, in: Communisme N° 38–39, Les Kominterniens I. Dossier Willi Münzenberg, 2^e et 3^e trimestre 1994, S. 25–44 und die in diesem Heft enthaltene Dokumentation.

83 Münzenberg stützte seine Gegenklage auf Enthüllungen der KPD über seine Verbindungen zu Max Emonts, der den Vertrieb der *Deutschen Freiheitsbriefe* leitete.

84 Telegramm des EKKI-Sekretariats an [Maurice] Thorez, 7.12.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287 Bl. 272. (Die Anweisung erging an die KPF, die die Mittelsmänner Bernheim und Jouhant gestellt hatte.) – Mehrere Tage später bestätigt die KPD den Erhalt der Anweisung: »Am 16.12. erhielten wir Nachricht, daß Verhandlungen nicht weitergeführt werden sollen.« [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49) Bl. 206.

85 »Schnellstens mit Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger sprechen, daß sie im Volksfrontausschuß den gemeinsamen Kampf abbremsen und beitragen, daß die gemeinsame Arbeit wieder aufgenommen wird. Über die Besprechung und über die Differenzen soll Thorez an uns berichten. Münzenberg, Walter [Ulbricht] und Franz [Dahlem] sind aufgefordert sofort zu kommen zur Aussprache.« Telegramm des EKKI-Sekretariats an [Maurice] Thorez, 7.12.1937 (wie Anm. 84).

86 Mündliche Auskunft von Ursula Langkau-Alex.

87 Otto [Pieck] an »Lieber Freund« [Ulbricht], 9.12.1937; SAPMO, Ry1, I 2/3/287, Bl. 277.

Trotz dieser Anweisungen führte Ulbricht Mitte Dezember in Paris die *PTZ*-Verhandlungen weiter. Um Bernhard an der Zeitung zu halten, machten Wolff und die KPD nun gemeinschaftlich das Angebot, die *PTZ* als Blatt sämtlicher Volksfront-Gruppen fortzuführen und in eine Aktiengemeinschaft umzuwandeln, »damit nicht mehr ein Einzelner Besitzer der einzigen Tageszeitung der deutschen Opposition«⁸⁸ sei. Doch die Krise im Volksfront-Ausschuß war zu weit fortgeschritten, als daß eine gemeinsame Leitung der *PTZ* noch denkbar gewesen wäre. Als Wolff und Norden am 21.12.1937 zu Heinrich Mann nach Nizza reisten, um ihm den Vorsitz des Aufsichtsrats anzutragen, empfing dieser die beiden nicht einmal. Am 29.12.1937 erklärte Georg Bernhard sein Ausscheiden, da er es für unvereinbar hielt, »daß er Chefredakteur bei einer Zeitung [sei], bei der die Kommunisten bestimmend Einfluß hätten, und gleichzeitig Mitglied des Volksfrontausschusses sei, wo er in Opposition zu den Kommunisten steh(e)«⁸⁹. Ein allerletztes Schlichtungsgespräch mit Wolff und Bernheim als KPD-Unterhändler scheiterte am 31.12.1937⁹⁰. Mit der Publikmachung der Redaktionsniederlegung Bernhards am 12.1.1938 erlosch das Interesse der KPD am Kauf der *PTZ*, auch wenn sie Wolff bis November 1938 wiederholt Finanzhilfe gewährt zu haben scheint⁹¹. Wenige Tage darauf (am 19.1.1938) kam auch das Aus für den bislang von Kommunisten und Sozialisten gemeinsam redigierten Nachrichtendienst *Deutsche Informationen*; mit der Gründung des von Georg Bernhard mitredigierten Gegenorgans *Deutsche Informationen vereinigt mit Deutsche Mitteilungen* war die politische Spaltung vollzogen.

VII.

An der *PTZ* übernahm im Januar 1938 Kurt Caro, der in dem Konflikt mit Bernhard für Wolff Partei ergriffen hatte, kommissarisch die Chefredaktion, bis ihn und Wolff im Juni 1938 ein Ausweisungsbefehl erteilte. Die beiden sahen darin den »langen Arm« Münzenbergs, der sich nun (wieder einmal mit behördlicher Hilfestellung?) gegen sie stemme. Sicher ist jedenfalls, daß Georg Bernhard sofort nach seinem Ausscheiden aus der *PTZ* zur Polizei gegangen war, um dort Wolff und Caro ins schiefste Licht zu rücken⁹². Trotz dieser Denunziation erreichten die beiden es später, daß ihre Ausweisung in einen Zwangsaufenthalt (*résidence assignée*) umgewandelt und im Juli 1939 schließlich ganz aufgehoben wurde. (Der bekannte KPF-nahe Rechtsanwalt Henri Torrès führte den Nachweis, daß die beiden in Ermangelung eines anderen Asyllandes de jure nicht ausgewiesen werden konnten.) Doch der psychologische Druck der polizeilichen Maßnahmen hinterließ in der Redaktion deutliche Spuren und entzweite in den Folgemonaten auch Wolff und Caro. Mithin lasteten die Veränderung des politischen Klimas in Frankreich nach dem Scheitern der zweiten Volksfront-Regierung Léon Blums wie auch der Verlust politischer Sympathien in regierungsnahen Kreisen zunehmend auf der von innen und außen angeschlagenen Zeitung. So kennzeichnete die Übernahme der Chefredaktion durch den Antikommunisten Joseph Bornstein am 23.12.1938 den Vollzug eines radikalen politisch-publizistischen Wechsels an

88 Wolff an Bernhard, 7.1.1938; BA/B, NL Bernhard, N° 50, Bl. 24 (eine Abschrift des Schreibens befindet sich in SAPMO, Ry1, I 2/3/358, Bl. 129f.).

89 [A. Norden], Bericht über die Verhandlungen betr. »Pariser Tageszeitung« (wie Anm. 49) Bl. 207.

90 Vgl. dazu das Schreiben von Bernheim an Wolff, 10.1.1938; SAPMO, Ry1, I 2/3/358 Bl. 199f.

91 PETERSON (wie Anm. 3) S. 267.

92 Die Abschrift eines Polizeiberichts N° 139 vom 15.1.1938, welcher am 30.1.1938 von der Generaldirektion der Sûreté an die Polizeipräfektur übermittelt wurde, beginnt unmißverständlich mit den Worten: »Er [Bernhard] gibt bekannt, daß sich der Vorfall [i. e. sein Ausscheiden aus der *PTZ*] wie folgt ereignet hat« (Archives de la Sûreté Nationale). Bernhards Aussage ist eine Anhäufung sachlich unrichtiger Angaben.

der *PTZ*⁹³, dem Wolff aufgrund des politischen Drucks der französischen Behörden hatte zustimmen müssen. Wahrscheinlich erfolgten in diesem Kontext die Verkaufsverhandlungen, die im Dezember 1938 mit Karl Spann geführt wurden. Nicht auszuschließen ist, daß dieser tschechoslowakische Emigrant, der ab 1.2.1939 in den Redaktionsakten der *PTZ* als Chef der Inseratenabteilung geführt wird, Kontakte zur SOPADE unterhielt. Diese hatte zunächst Anfang November 1937, auf dem Höhepunkt der politischen Kämpfe im Volksfront-Ausschuß, eine durch Jacob Walcher angetragene offizielle Beteiligung an der *PTZ* abgelehnt⁹⁴, seit dem Umzug des Parteisekretariats von Prag nach Paris im Frühjahr 1938 aber mehrere Parteimitglieder in der *PTZ*-Redaktion untergebracht, die nun im Gegensatz zu Robert Breuer, der 1936 zur Redaktion gestoßen war, dem rechten Parteiflügel angehörten, so Anna Geyer und Berthold Biermann. Die ab Februar 1939 regelmäßig in der *PTZ* erscheinenden Werbeinserate für den *Neuen Vorwärts* wären demnach nur die öffentlich sichtbaren Anzeichen neuer, vorläufig noch nicht nachgewiesener politisch-ökonomischer Einflußnahmen.

Eines dürfte somit deutlich geworden sein: Bei den Versuchen, der deutschen Volksfront-Bewegung ein publizistisches Sprachrohr zu geben, nahmen *PTB* bzw. *PTZ* eine Schlüsselrolle ein. Doch der ursprünglich gegen Verleger Poliakov geführte Kampf um die Neuorientierung der Zeitung im Sinne einer Volksfront-Politik wich schon in der Gründungsphase der *PTZ* einem Konkurrenzkampf einzelner, an der Volksfront beteiligter Parteien um das Blatt. Das Tauziehen um den materiellen Besitz der Zeitung modifizierte die offiziellen politischen Fronten zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Vertretern des Volksfront-Ausschusses, als sich Münzenberg durch seine geheime Beteiligung an der *PTZ* gegen die Politik der KPD stellte und in der Folge das politische Mandat, das ihm 1935 von der Komintern erteilt worden war, an seine stalinistischen Urheber zurückgab. Das Schicksal der Zeitung war in der Folge an die historische Möglichkeit geknüpft, ohne die KPD bzw. außerhalb der KPD eine tragfähige politische Sammlungsbewegung der deutschen Opposition zu entwickeln. Das letztlich Scheitern dieses Versuchs der Schaffung eines »Gesamtorgans« der deutschen antihitlerischen Opposition antizipierte das Scheitern dieser Opposition schlechthin.

93 Erich Kaiser und Robert Breuer wurden noch am selben Tag, Kurt Caro am 15.1.1939 gekündigt.

94 Bernhard und Münzenberg hatten bereits im Herbst 1937 versucht, die SOPADE zu einer breiteren Beteiligung zu bewegen und dazu Jacob Walcher zu Aufhäuser und Hertz nach Prag entsandt; s. Albert [Norden], Mitteilungen über die weiteren Verhandlungen zum Kauf der *PTZ* (wie Anm. 53). Walcher hatte am 21.10.1937 das Visum für die Tschechoslowakei erhalten.